

Vorankündigung

## Sozialdemokratie und Lateinamerika

### Teil I

Politik und Geschichte

- Tilman Evers:** Die westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika — Offensive oder Flucht nach vorne?
- Stefan Saarbach:** Einige Aspekte der aktuellen Lateinamerika-Politik der Sozialdemokratie
- Frieda Jering:** Zur Geschichte der Sozialistischen Internationale
- Fernando Mires:** Haya de la Torre, oder: Das Bewußtsein des Populismus
- Manfred Faßler:** Gesellschafts- und Emanzipations-Entwürfe der deutschen Sozialdemokratie. Einige historische Thesen

### Teil II

Länderstudien

- Nikolaus Werz:** Die venezolanische „Acción Democrática“: Vom Populismus zum Desarrollismus
- Theo Rathgeber:** Sozialdemokratische Solidarität mit Nicaragua und El Salvador
- M. Solís Avedaño, M. Rojas Bolaños:** Costa Rica: Kommt ein Pakt von Sozialdemokraten und Neoliberalen?
- Luiz Ramalho:** Der brasilianische Trabalhismo: Populismus oder Sozialdemokratie?
- Wolfgang Heuer:** Bolivien: Sozialdemokratie in einer Nation von Cliques?
- Norbert Ahrens, Hugo Calderón, Jaime Ensigna:** Sozialdemokratische Strömungen in Chile

Dieses Buch wird ca. 450 Seiten stark sein und ist zum Preis von DM 29,80 ab Mai 1982 zu erhalten.

Sofortbestellungen sind bis zum 30.4.1982 zum Subskriptionspreis von DM 25,— möglich.

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile — Lateinamerika e.V.)  
Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12. Tel.: (030) 313 50 65

Überweisungen bitte auf das Postscheck-Konto Berlin-West, Nr. 17 69 66 - 104

Ich bestelle ..... Exemplare „Sozialdemokratie und Lateinamerika“ zum Subskriptionspreis von DM 25,—. Ich überweise den Betrag von DM ..... auf das Postscheck-Konto Berlin-West Nr. 17 69 66 - 104.

Vorname / Name: ..... Straße: .....

PLZ: ..... Ort: .....

Datum

Unterschrift

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 102

## 9. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

April 1982

Solidaritätspreis DM 3,-



## NO A LA INTERVENCION IMPERIALISTA EN EL SALVADOR

**BRD:** Rüstungsexporte — **NICARAGUA:** Interview mit Bayardo Arce — **ARGENTINIEN/MITTELAMERIKA:** Die schleichende Intervention — **GUATEMALA:** Israels Waffenexporte — **CHILE:** Mord an Gewerkschaftsführer — **ARGENTINIEN:** Wirtschaftsentwicklung — **NACH-RUF** auf Luis Travassos

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ZU DIESEM HEFT</b> .....	3
<b>I. BERICHTE</b> .....	4
— BRD: Rüstungsexporte .....	4
— NICARAGUA: Interview mit Comandante Bayardo Arce .....	7
— CHILE: Zweifel ausgeschlossen .....	11
Neues gewerkschaftliches Organisationsmodell .....	16
— ARGENTINIEN: Im Süden nichts Neues .....	19
Der Mord an Ana Maria Martinez .....	22
— BOLIVIEN: Kaputtanierung der Wirtschaft .....	24
<b>II. HINTERGRUND</b> .....	27
— ARGENTINIEN/MITTELAMERIKA: Die schleichende Intervention .....	27
— GUATEMALA: Israel: Lieferant der Diktatoren .....	31
<b>III. VERSCHIEDENES</b> .....	34
— Offener Brief an die Redaktion 'ARD-Aktuell' .....	34
— FDCL: Offener Brief an die Bundesregierung .....	36
— Nachruf auf Luiz Travassos .....	38
— Antwort an H. Gollwitzer .....	40
<b>IV. REZENSION</b> .....	42
<b>V. ZEITSCHRIFTENSCHAU</b> .....	45

Impressum  
 LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
 Jahrgang 9 der  
 CHILE-NACHRICHTEN  
 erscheint monatlich  
 (mindestens 11 mal im Jahr)  
 Redaktion:  
 Redaktionskollektiv  
 V.i.S.d.P.: Gisela Sommer  
 Redaktionsschluß dieser Nummer: 18.3.1982  
 Abo-Preis: DM 35,—  
 Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
 Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«  
 PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 38C087-108  
 Bankleitzahl 100 100 10

Adresse:  
 LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
 c/o FDCL  
 Savignyplatz 5  
 1000 Berlin 12  
 Tel.: 030/3135065  
 Vertrieb für Buchhandlungen, Bibliotheken und Institutionen im Bundesgebiet über:  
 con Medien- und Vertriebsgesellschaft,  
 Postfach 106545,  
 Westerdeich 38, 2800 Bremen  
 Der Nachdruck von Artikeln aus den  
 LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
 ist mit Quellenhinweis gestattet. Belegexemplare erbeten.

## Zu diesem Heft

Jedesmal, wenn Jochen Waldmann, Lateinamerika-Korrespondent der ARD, "arbeitet", bedeutet das auch Arbeit für uns. In diesem Heft veröffentlichen wir eine Gegendarstellung zu Waldmanns Bericht über Costa Rica, der wieder einmal bar jeden Sachverständigen war. Und erst vor wenigen Tagen schlug Waldmann erneut zu: In der Tagesschau demonstrierte er dem bundesdeutschen Fernsehpublikum die Menschlichkeit der salvadorianischen Militärs: "Soldaten schützen Kinder vor den Guerilleros". Wo waren Sie, Herr Reporter, bei dem Massaker in El Mozote, wo die salvadorianische Guardia Nacional Kinder mit dem Bajonett aufspießte, Frauen vergewaltigte und ermordete und alte Menschen bei lebendigem Leibe verbrannte? Der ARD wünschen wir einen fähigeren Korrespondenten und uns, nie mehr von Jochen Waldmann hören zu müssen. Der "furchtbare Redakteur" muss weg!

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe der LN ist diesmal wieder das Geschäft mit dem Tod: Israel ist auf dem zentralamerikanischen Waffenmarkt klammheimlich zum Monopolist aufgestiegen. 83% der Militärausstattung El Salvadors stammte 1980 aus den nah-östlichen Waffenschmieden und Guatemala importiert inzwischen 60% seines Arsenal aus Israel. Zwar kann sich die BRD in dieser Hinsicht noch nicht mit Tel Aviv messen, doch unsere Republik ist auf dem besten Weg dorthin. Der Artikel zu den Waffenexportbestimmungen erläutert, daß die "neuen" Empfehlungen der Bundesregierung großzügige Waffenexporte nicht nur nicht verhindern, sondern sogar noch begünstigen.

In Chile konnte man die xte Folge des Pinochet-Modells von "sozialem Frieden" beobachten: Auf dem Weg zum Präsidenten der nationalen Gewerkschaftskoordination Manuel Bustos wurde der Vorsitzende der Gewerkschaft der Finanzangestellten, Tucapel Jimenez, in seinem Taxi ermordet. Aber eben doch nicht in seinem Taxi, denn dort fand man nicht die notwendigen Blutspuren. Die Fakten deuten auf einen Racheakt von untereinander rivalisierenden Gruppen der "Sicherheitskräfte", die sich die Tat gegenseitig in die Schuhe schieben wollen.

Mehrere chilenische Gewerkschafter haben inzwischen beim Innenministerium um einen Waffenschein gebeten. Eine erneute Repression der Gewerkschaftsbewegung wird künftig schwieriger sein, wenn sich ein Modell durchsetzt, das zur Zeit in Chile diskutiert wird. Demzufolge wollen sich die Gewerkschaften regional und branchenübergreifend zusammenschließen und von der Basis her organisieren. Unser Bericht hierzu auf Seite 16.

Der zu Anfang der Woche verhängte Ausnahmezustand in Nicaragua wird vielleicht etwas verständlicher durch das Interview mit dem Revolutionskommandanten Bayardo Arce, "die Flitterwochen der Revolution sind vorbei". Gefragt, wie's nun weitergehen soll, antwortet Arce: "Die Revolution muß nun endlich mal reagieren. Nach 2,3 Jahren Toleranz, Geduld und Flexibilität, in denen die Leute die Gesetze gerade so verletzt haben, wie es ihnen paßte, haben wir gesagt, gut, es gibt hier revolutionäre Institutionen und eine revolutionäre Realität, der wir Respekt verschaffen werden, zu welchem Preis auch immer". Eine weitere Desillusionierung der deutschen Linken?

# BRD

## Rüstungsexporte — neue Richtlinien?

## Rüstungsexporte — neue Ausnahmeregelungen!

"Waffenschmiede der Welt - Bundesrepublik Deutschland" überschrieb der Spiegel eine Tabelle über Rüstungsexporte, und im Stern hieß es entsprechend: "Waffenexporte aus der Bundesrepublik - Ein Bombengeschäft". Hier einige Beispiele: Für über 300 Mill. DM erhielt Ecuador U-Boote und Schnellboote, Raketen und Granaten. Venezuela bekam U-Boote für 164 Mill. DM. Pistolen, Handfeuerwaffen und Munition wurden an Guatemala geliefert. In El Salvador sind Radpanzerfahrzeuge der Firma "Rheinstahl" im Einsatz. Dieselben Polizeifahrzeuge trieben in Peru streikende Minenarbeiter und Lehrer auseinander. Nach Angaben aus einer geheimen Liste des Bundeswirtschaftsministeriums, die der Spiegel veröffentlichte, erhielt Argentinien Kriegswaffen für ca. 120 Mill. DM, Panzerabwehrraketen, Flugabwehrkanonen, Torpedos und Schnellboote. Unter den Empfängerländern sonstiger Rüstungsgüter steht es an zweiter Stelle der Nicht-NATO-Staaten.

Wie können Waffen in diesem Umfang aus der BRD ausgeführt werden, obwohl doch kraft Verfassung Rüstungsproduktion und -export der direkten staatlichen Kontrolle unterstellt sind? ("Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden." GG Art. 26,2) Gegenwärtig müssen Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz genehmigt werden, das ein Exportverbot vorsieht, wenn sie bei "friedensstörenden Handlungen" verwendet würden oder wenn durch den Export "völkerrechtliche Verpflichtungen" verletzt oder "die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu anderen Ländern" gefährdet würden. Für Waffen und sonstige Rüstungsgüter sieht das Außenwirtschaftsgesetz ähnliche Restriktionen vor. 1971 hat das Bundeskabinett "Politische Grundsätze" beschlossen, nach denen die Ausfuhr von Kriegswaffen außerhalb der NATO-Staaten nur in Ausnahmen und in Spannungsgebiete überhaupt nicht erlaubt ist.

Die Ausnahmen scheinen die Regel geworden zu sein, jedenfalls steht die Genehmigungspraxis der Bundesregierung im krassen Widerspruch zu den restriktiven Richtlinien. Seit Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition wurden rüstungswirtschaftliche Beziehungen zu mindestens 71 Entwicklungsländern angeknüpft. Laut SIPRI nimmt die Bundesrepublik unter den Exporteuren von Großwaffensystemen in die Dritte Welt inzwischen den sechsten Rang ein.

Die Gesetzgebung hat so viele Schwachstellen, und das bisherige Verfahren bot so viele Hintertüren, daß es der Rüstungsindustrie nicht schwer gemacht wurde, in Länder rund um die Erde zu liefern, was das Herz begehrt. So sind etwa Polizeiwaffen - Hubschrauber, Wasserwerfer, Kleinfeuerwaffen, Schlagstöcke u.a. - in den Gesetzen nicht erfaßt, da sie sich anscheinend nicht eindeutig zu militärischen oder zu zivilen Gütern zuordnen lassen.

Militärlastwagen, Motoren für Panzer und Kriegsschiffe gelten weder als Kriegswaffen noch als sonstige Rüstungsgüter, da sie nicht ausschließlich militärisch sondern auch zivil nutzbar sind. Teile von Rüstungsgütern können ausgeführt und erst im Empfängerland montiert werden, ebenso ganze Produktionsanlagen und Lizenzen zu ihrer Fertigung.

Der Begriff "Spannungsgebiet" wird nirgendwo definiert. Die Festlegung der Regionen, die als Spannungsgebiete anzusehen sind, liegt im Ermessen des Auswärtigen Amtes. Innere Spannungen in den Empfängerländern werden überhaupt nicht berücksichtigt. Ausrüstungshilfen, Beratungs- und Ausbildungsleistungen für Militär, Polizei und sonstige Sicherheitskräfte werden in den Gesetzen nicht erwähnt.

Im Zusammenhang mit den Wünschen nach Lieferungen von U-Booten an Chile und Panzern an Saudi-Arabien wurde die Frage, ob Genehmigungen großzügiger oder restriktiver gegeben werden sollten, in breiter Öffentlichkeit diskutiert. Zu Beginn des Jahres 1981 beauftragte die Regierung Arbeitsgruppen ihrer Parteien, Vorschläge für neue Richtlinien zu erarbeiten. Nach rund einjährigen Beratungen haben die beiden Arbeitsgruppen (SPD-AG unter Egon Bahr und FDP-AG unter Hans-Günter Hoppe) ihre Empfehlungen fertiggestellt, die sich nicht wesentlich voneinander unterscheiden.

Diese Empfehlungen sind weit entfernt von wirklich restriktiven Einschränkungen bzw. Kriterien, sie bedeuten keine entscheidende Verbesserung.

Beide Arbeitsgruppen gehen davon aus, daß die geltenden Gesetze ausreichend sind; Beschränkungen beziehen sich nur auf die politischen Richtlinien, welche jederzeit von einer anderen Regierung ohne parlamentarische Zustimmung geändert werden könnten.

Die Unterteilung in Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter, die schon in der Vergangenheit nicht gerade der Klärung der Handhabungspraxis diene, wird beibehalten und stiftet sogar weitere Verwirrung.

Restriktionen werden nur auf Kriegswaffen bezogen, so daß gerade Rüstungsgüter, die bei innenpolitischen Repressionen eingesetzt werden, wie früher genehmigt werden können.

Zur Erweiterung der Genehmigungspflicht auf alle relevanten Rüstungsgüter und Teile, Produktionsanlagen und Lizenzen, Polizeiausrüstung, Ausbildungs- und Beratungsleistungen gibt es keinerlei Aussagen.

Kriegswaffenexporte in NATO-Staaten halten beide Arbeitsgruppen für grundsätzlich zulässig, auch wenn das Empfängerland keine demokratisch legitimierte Regierung hat. Auch darin sind sich beide einig, daß der Begriff 'Spannungsgebiet' kein taugliches Kriterium mehr ist.

Mit der Forderung nach einem Konsultationsgremium von fünf bis neun Abgeordneten, daß vor Entscheidungen des Bundessicherheitsrates gehört werden soll, machte die SPD-Arbeitsgemeinschaft einen Versuch, an den Entscheidungen das Parlament zu beteiligen.

Mit dem Satz: "Besteht die Gefahr, daß Kriegswaffen im Inneren eines potentiellen Empfängerlandes zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gebraucht werden, soll dies einer positiven Entscheidung entgegenstehen", wollte die FDP-Arbeitsgruppe wenigstens

in den Richtlinien auch die innere Situation eines Landes berücksichtigen.

Eine Sonderregelung für Lieferungen von Kriegsschiffen, wie sie die SPD mit Rücksicht auf die Arbeitsplätze bei den Werften befürwortet, sieht der FDP-Entwurf nicht vor.

Darüber, wie diese Empfehlungen bei der Bundesregierung aufgenommen wurden, schrieb die Frankfurter Rundschau: "Man kann nur staunen: Da ermuntert die Regierung das Parlament, ein Jahr lang über neue Richtlinien für den Kriegswaffenexport nachzudenken und Vorschläge zu machen, und dann sagt sie: April, April!"

Inzwischen haben die SPD- und FDP-Bundestagsfraktionen den abgewandelten Papieren ihrer Arbeitsgruppen zugestimmt, nachdem noch die kleinen Ansätze von Restriktionen zurückgenommen worden waren. Nun heißt es, ausnahmsweise dürften Waffen auch in Länder außerhalb der NATO und ihnen gleichgestellte Staaten exportiert werden, wenn "vitale außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen dies erfordern und die innere Lage in dem betroffenen Land dem nicht entgegensteht." Entsprechende Empfehlungen an die Regierung wurden beschlossen.

Mit der definitiven Entscheidung des Bundessicherheitsrates ist in dieser Woche zu rechnen, sie lag also bei Redaktionsschluß noch nicht vor. Allen Anschein nach soll die Alleinverantwortlichkeit der Regierung bei Entscheidungen erhalten bleiben, lediglich die Information der Vorsitzenden sowie je eines Experten der Fraktionen scheint vorgesehen zu sein. Unklar bleibt außerdem, ob sogar der Grundsatz aufgelockert werden soll, keinesfalls in Spannungsgebiete zu liefern.

Die entscheidenden Mängel der bisherigen Gesetzgebung, die ungenauen Formulierungen, die verwirrende Einteilung in Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter, die vielen Soll- und Kannregelungen, die der Regierung einen so erheblichen Ermessensspielraum beließen, sind in den Vorschlägen, Empfehlungen und Stellungnahmen der letzten Wochen an keiner Stelle behoben sondern stark verschlimmert worden. Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt, was man unter außen- und sicherheitspolitischen Interessen oder der Berücksichtigung von Bündnisinteressen alles verstehen könnte. Die Weigerung des Bundessicherheitsrates, auch nur ein "vertrauliches" parlamentarisches Kontrollgremium zu akzeptieren, läßt eine weitere Ausdehnung bundesdeutscher Waffentransfers befürchten. Will die Bundesregierung zukünftig den Nord-Süd-Konflikt noch stärker durch Waffengewalt in Form von Rüstungsexporten zu 'lösen' versuchen? Diese Neuregelungen sind nur eine Neuformulierung von Ausnahmeregelungen!

## NICARAGUA

### »Die Flitterwochen der Revolution sind vorbei«

Interview mit Comandante Bayardo Arce

Frage: Der Planungsminister Henry Ruiz sagte neulich, daß die Revolution sich gegenüber einigen Sektoren der privaten Produktion naiv verhalten und den revolutionären Aufgaben nicht gewachsen gezeigt habe. Die Revolution war naiv, sie war großzügig, oder wie würdest Du die Haltung der Frente Sandinista in der ersten Phase nach der Machtergreifung bezeichnen?

Bayardo Arce: Nun, ich kenne diese Äußerungen des Kommandanten Ruiz nicht und weiß von daher auch nicht, in welchem Zusammenhang er sie vorgetragen hat. Wenn man sie aber unabhängig davon analysiert, so meine ich, daß es richtig ist, zu sagen, daß es eine gewisse Naivität in der Revolution gab, aber diese Naivität war gleichzeitig auch Großzügigkeit. Wir waren uns darüber im Klaren, daß die Durchführung einer Revolution in Nicaragua mit allen spezifischen Gegebenheiten notwendigerweise auch ökonomische und soziale Transformationen bedeuten mußte: eine Neuverteilung des Reichtums und der Aufbau neuer Arbeits- und Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft. Von daher war vorauszusehen, daß die Revolution die privilegierten Schichten beeinträchtigen und die traditionell ausgeschlossenen Schichten begünstigen würde. Aufgrund dessen mußten wir von den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen verschiedene Reaktionen erwarten. Wir konnten im Unternehmerlager sowohl mit einer patriotisch-realistischen Haltung rechnen - obwohl eine patriotische Haltung nicht immer realistisch sein muß - jedenfalls mit Verständnis dafür, daß die Profitorate der Vergangenheit so nicht erreicht werden könnten, als auch mit der Haltung derer, die versuchten, die Vergangenheit wieder aufleben zu lassen und deshalb Front gegen unsere Maßnahmen machten.

Für uns stimmt die Argumentation einiger aus dem Unternehmerlager nicht, die sagen: "Wir bleiben hier im Land und deshalb glauben wir auch an die Revolution". Wenn man im Lande bleibt, so bedeutet das noch lange nicht, daß man auch mit der Revolution einverstanden ist. Es gibt hier Leute, die dageblieben sind, um die politischen Gegebenheiten auszunutzen und um im Rahmen der neuen politisch-demokratischen Freiheiten und des ökonomischen Freiraums, den das System einer gemischten Wirtschaft garantiert, die Revolution zu destabilisieren, ihr Schläge zu versetzen und damit an Plänen zu ihrer Zerstörung mitzuwirken. Wenn man es aus diesem Blickwinkel betrachtet, so kann man sagen, daß wir naiv waren in dem Glauben, alle Unternehmer würden eine patriotische oder realistische Haltung einnehmen. Aus einem anderen Blickwinkel gesehen kann man aber auch sagen, daß wir großzügig waren, weil wir die Anwesenheit von Unternehmern erlaubt haben, die in der Vergangenheit keinerlei soziale Sensibilität gezeigt haben.

Frage: Es scheint, daß das erste Jahr der Revolution eine Art "Flitterwochen" für alle Sektoren der Revolution war und daß diese nun ihrem Ende zugehen. Die Sandinisten nutzen diese Zeit zur Stärkung und Konsolidierung der Revolution. Kann man nun sagen, daß die

Zeit des friedlichen Miteinanders vorbei ist und daß nun die ~~der~~ Révolution feindlich gesinnten Sektoren eine härtere Politik einschlagen?

Bayardo Arce: Ich glaube, daß man in der Tat von "Flitterwochen" sprechen kann, und zwar in dem Sinne, daß wir uns, um die Wirtschaft des Landes wieder anzukurbeln und um die Arbeit des nationalen Wiederaufbaus so gut wie möglich voranzutreiben, für eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen entschieden haben, die bisher in keinem Land der Welt ergriffen wurden, noch weniger aber in einem Land, das potentiell durch Krieg, Ausplünderung und Zerstörung bedroht ist. Solche Maßnahmen waren z.B. die Steuersenkung, die Subventionierung der Unternehmer, denen man superlange Rückzahlungszeiträume für ihre Schulden einräumte und denen man alles Geld gab, das sie zum Wiederankurbeln ihres Betriebes brauchten. Das wird aber jeder mit Sinn für Realität als Notstandsmaßnahme verstehen, mit der die Wirtschaft des Landes wieder in Gang gebracht und der Wiederaufbau vorangetrieben werden sollte. Daß dies nur vorübergehende Maßnahmen sein konnten, ergibt sich allein daraus, daß wir den Unternehmern sogar Kredite zu einem Zinssatz gaben, der unter dem des Weltmarktes liegt. Möglich war das nur, weil wir einige Konzeptionskredite bekommen hatten, z.T. auch Schenkungen. Aber wir konnten natürlich nicht ewig solche Kredite aus dem Ausland erwarten und mußten deshalb die Kredite, die man hier mit nur 8 Prozent Zinsen zurückzahlen mußte, ab einem bestimmten Zeitpunkt zu den gleichen Bedingungen vergeben, unter denen wir sie auf dem Weltmarkt bekamen. So mußten die Flitterwochen allein objektiv ihr Ende finden und keinen realistisch denkenden Unternehmer hätte dies überraschen dürfen.

Frage: Und nun wird sich also herausstellen, wer ist wer? Ist die Fraktion des Unternehmertums, die am meisten Widerstand leistet, die Großbourgeoisie?

Bayardo Arce: Ich meine ja. Wir machten kürzlich eine Auswertung des wirtschaftlichen Wiederankurbelungsprozesses seit dem Sieg der Revolution und stellten fest, daß der landwirtschaftliche Sektor deutlich besser wieder in Gang kam als der städtische und daß innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors sich der Bereich der Klein- und Mittelunternehmen stärker reaktivierte als der Bereich der Großproduzenten. Worauf kann man das zurückführen? Nicht allein auf die Tatsache, daß hier die Großproduzenten sehr stark miteinander verflochten waren. In einer Person oder einer Familie sind z.B. verschiedene Ebenen der Wirtschaft vertreten: Bankiers, Industrielle, Handelsgesellschaften und Agrarproduzenten. Diese Großbourgeoisie wurde in dem Moment betroffen, als man die Banken verstaatlichte.

Daneben leiden wir natürlich auch unter der Rezession der internationalen Wirtschaft. Im Moment ist die Industrie Nicaraguas weniger konkurrenzfähig als in der Vergangenheit. Denn die Produktionskosten sind mit den Ölpreisen, den Rohstoffpreisen und der Inflation, die wir von außen importiert haben, gestiegen. In der Auswertung konnten wir aber auch feststellen, daß die Mehrheit der Unternehmer sich heute wieder der Produktion widmet. Die meisten von ihnen sind noch nicht einmal in den Leitungsgremien der Unternehmerverbände vertreten. Sie werden z.B. in den obersten Gremien der Unternehmerschaft weder die größten Zuckerproduzenten, noch die größten Reis- und Kaffeeproduzenten finden.

Frage: Sind also die Leute, die in der Öffentlichkeit den revolutionären Prozeß kritisieren, ökonomisch im Unternehmerlager nicht die stärksten?

Bayardo Arce: Nein. Ich glaube, daß es schwierig ist, gewisse Flügel zurückzugewinnen, aus einem einfachen Grund: der Fall Nicaraguas könnte einfach zu lösen sein, wenn es sich hier um einen Klassenkampf im klassischen Sinne handeln würde. Aber das Problem hier in Nicaragua ist, daß der Grundwiderspruch sich nicht im Inneren stellt, sondern auf der Ebene des Auslands. Die Revolution ist ja schließlich nichts anderes als der politische Ausdruck der Volksmacht (poder popular). Wenn es sich darum handeln würde, die Kraft eines Klassenkampfes zu entfesseln, würde das Unternehmerlager nicht mehr existieren. Wer hier die Toten stellte und während 18 langer Jahre gegen die Diktatur kämpfte mit der Waffe in der Hand, wer mit dem Leben seiner Lieben zahlte und den Aufstand durchführte zum Triumph der Revolution, das waren die ausgebeuteten Arbeiter und Bauern. Und sie kämpften nicht nur gegen die Diktatur, weil diese unterdrückerisch oder dynastisch war, sondern um sich ein neues Leben aufzubauen, vor allem aber, um ihren Kindern eine neue Zukunft zu eröffnen. Unser Problem besteht also nicht im Innern, sondern mit dem Ausland. Wir sind ein Land, das mit einer imperialistischen Herrschaftsform gebrochen hat.

Unser Hauptfeind ist daher nicht der Unternehmensektor. Ich meine, wenn wir hier vom Imperialismus absehen könnten, dann wäre es möglich, die Unternehmer gemäß ihrer Erfahrung und ihrem Können zur Mitarbeit zu gewinnen. Einige Flügel des Unternehmertums wirkten im Kampf gegen die Diktatur ja auch mit.

Mit der Unterstützung, die die Revolution durch das Volk erfährt, könnten diese Unternehmer das akzeptieren - als reale Konsequenz einer objektiven politischen Veränderung. Die Sektoren des Unternehmertums aber, welche heute die Revolution zu sabotieren suchen, welche die Wirtschaft boykottieren, das Kapital abziehen usw., tun dies, weil sie von außen dazu ermuntert, angetrieben und darin unterstützt werden von einer Macht, die sie sich sicher fühlen läßt, und zwar vom Imperialismus.

Frage: Kann man sagen, daß diese konterrevolutionären Kräfte eine Art Speerspitze des Imperialismus sind?

Bayardo Arce: Sie sind ganz klar die Speerspitze der imperialistischen Politik. Was passiert denn? Könnte etwa die imperialistische Politik so gedeihen, wenn Nicaragua im Inneren ein Bild der Stabilität bieten würde? Sie könnte es nicht. Um die imperialistische Politik, die von den Ideologen der derzeitigen Reagan-Regierung entwickelt wurde und die die berühmte Philosophie Nixons vom dritten Weltkrieg, der bereits im Anmarsch sei, aufgreift, international zu rechtfertigen, wiegeln sie diejenigen Sektoren auf, die Sandino seinerzeit als "Vaterlandsverräter" bezeichnet hat, weil sie nicht für Nicaragua fühlen, sondern nur an ihre schabigen Interessen denken und sich in den Dienst einer auswärtigen Politik stellen. Sie geben sich dafür her, im Ausland Kampagnen gegen die Revolution anzuzetteln, im Inland Konflikte vom Zaun zu brechen, indem sie die Produktion sabotieren usw., alles mit dem Ziel, der imperialistischen Politik gegen unser Land eine Rechtfertigung zu verschaffen. Doch bevor diese Lakaien ihre Aktivitäten entwickeln konnten, mußte der Imperialismus sich zunächst eine Lüge einfallen lassen, um seine aggressive Politik gegen Nicaragua zu rechtfertigen, nämlich die Lüge der angeblichen Mitwirkung Nicaraguas in der zentralamerikanischen revolutionären Bewegung. Die Formel, auf die sie verfielen - und sie sind ja Spezialisten im Erfinden von Lügen - war die, wir würden in Mittelamerika Unfrieden säen und ein Staat sein, der die ganze Region terrorisiert. Weil sie im Inland nicht weitergekommen sind, wollen sie uns auf diese Weise isolieren. Und jetzt gibt es so eine Art

recycling, denn diese Isolierungskampagne half den konterrevolutionären Gruppen im Innern, deren Aktivitäten im Inneren dann wiederum der Isolierungspolitik dienten. Das Resultat ist aber in jedem Falle irgendeine Form imperialistischer Aggression.

Frage: Es scheint, daß der revolutionäre Staat nun eine härtere Haltung gegen diese Kreise einnehmen wird; die Haltung gegen die Leute von COSEP in der letzten Zeit deutet dies an. Ist es richtig, daß die Sandinisten sich an diese neue Qualität der Aggression anpassen?

Bayardo Arce: Dies ist klar! Sagen wir mal so: wenn jemand, der pflügt, von einem anderen auf die Wange geschlagen wird und dennoch in Freundschaft mit ihm verbunden bleibt, eben um weiterarbeiten zu können, dann gilt auch weiterhin das christliche Prinzip, daß Du, wenn Du keine Wange mehr zum Hinhalten hast, den Mund benutzen sollst. Dies ist es, was wir in gewisser Weise gelten lassen. Wenn es Dir aber passiert, daß Du pflügst, und es kommt ein Feind und schlägt Dich auf die Backe und Du hältst die andere hin und immer so weiter, dann glaubt der Typ, er könnte Dich immer weiter schlagen. Und wenn Du nicht reagierst, kannst Du hinterher nicht mehr pflügen, weil Du ständig Schläge bekommst. Also darfst Du ihm die Backen nicht mehr hinhalten, sondern mußt ihm eins über den Kopf hauen, damit Du weiter pflügen kannst. Jetzt stellt sich aber folgender Widerspruch: wenn ich ihn auf den Kopf haue, dann kann er sich hinstellen und sagen, ich sei ein Aggressor, um damit eine noch größere Aggression zu rechtfertigen. Andererseits: wenn ich immer weiter die Backe hinhalte, wird mir irgendwann mal von den Schlägen zum Umfallen schlecht, so daß, wenn ich nicht zurückschlage, das auf die Dauer eine Frage des Überlebens wird. Die Revolution muß endlich mal reagieren. Nach zweieinhalb Jahren Toleranz, Geduld und Flexibilität, in denen diese Leute die Gesetze gerade so verletzt haben, wie es ihnen paßte, haben wir gesagt, gut, es gibt hier revolutionäre Institutionen und eine revolutionäre Realität, der wir Respekt verschaffen werden, zu welchem Preis auch immer.



## CHILE

### Zweifel ausgeschlossen

*Zur Ermordung des Gewerkschaftsführers Tucapel Jimenez*

Am Donnerstag, 25. Februar 1982, war Tucapel Jimenez, Vorsitzender der Gewerkschaft ANEF (Asociación Nacional de Empleadores Fiscales = Nationale Vereinigung der Finanz-Angestellten) um 10.30 Uhr zu einem Treffen mit Manuel Bustos, dem Präsidenten der Nationalen Gewerkschaftskoordination CNS verabredet. Kurz vor 9.30 Uhr verließ er seine Wohnung in der Población Juan Antonio Rios, um mit seinem Taxi - Tucapel verdiente sich nach seiner Entlassung aus dem Finanzdienst aufgrund seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit seinen Lebensunterhalt durch Taxi-fahren - in das Stadtzentrum von Santiago zu gelangen, wo das Treffen mit Manuel Bustos stattfinden sollte. Dort kam "Don Tuca", wie ihn seine Freunde nannten, nie an.

Noch am selben Tag wurde seine Leiche in dem abgestellten Taxi am Rande der Landstraße zwischen Lampa und Noviciado von Bauern entdeckt - 42 km vom Stadtzentrum Santiagos entfernt. Sie wies Einschüsse im Kopf und eine mehrfach durchschnittene Kehle auf. Die Mörder hatten die Dokumentenmappe mit den Fahrzeugpapieren, die Armbanduhr und das Taximeter mitgenommen. An den 1.200 Pesos, die Tucapel bei sich hatte, waren sie offenbar weniger interessiert, denn die waren noch da, als man seine Leiche fand.

Die Ermordung von Tucapel Jimenez wurde in Chile noch am gleichen Tage in den Medien bekanntgegeben. Pinochet, der sich gerade auf einer Reise durch mehrere südliche Provinzen befand, verurteilte das "gemeine Verbrechen" an dem Gewerkschaftsführer scharf. Innenminister Sergio Fernandez brach seinen Urlaub ab und kehrte sofort nach Santiago zurück, um persönlich die Nachforschungen zu koordinieren und die Einsetzung eines Untersuchungsrichters zu beantragen. Der CNI ließ sofort erklären, daß es sich bei dem Mord um das kriminelle Delikt eines gewöhnlichen Taxiüberfalls handelte.

Doch nicht nur die Tatsache, daß Taxiüberfälle fast ausschließlich nachts begangen werden und daß die Mörder das Geld zurückließen, spricht gegen diese Version.

Im Taxi wurden fast keine Blutspuren gefunden. Die Freunde Tucapels wußten, daß er gewöhnlich von "jungen Männern mit Brillen" beschattet wurde. In den Tagen, als es aufgrund der Suspendierung der gewerkschaftlichen Rechte in Chile beinahe zu einem internationalen Boykott des Pinochet-Regimes gekommen wäre, hatte Tucapel Jimenez sogar anonyme Morddrohungen erhalten.

Ein siebenjähriger Junge aus der Nachbarschaft hat gesehen, wie am 25.2.82 gegen 9.30 Uhr zwei "junge Männer in Anzügen" das Taxi von Tucapel anhielten und zustiegen. Wenn es normale Fahrgäste gewesen wären, hätte Tucapel noch pünktlich zu seiner Verabredung kommen müssen. Dieses Treffen mit Manuel Bustos sollte im übrigen der Vorbereitung eines gemeinsamen Aufrufs zu gewerkschaftlicher Einheit gegen die zerstörerische Wirtschaftspolitik des Regimes dienen.

## Die Trauerfeierlichkeiten

Die Trauerfeierlichkeiten für Tucapel Jimenez machten deutlich, wie der größte Teil der chilenischen Öffentlichkeit über den Mord denkt. Mehr als 5.000 Personen folgten dem Sarg. Während dieses Trauerzuges kam es zu zahlreichen demonstrativen Bekundungen, daß Tucapel Jimenez Opfer eines politischen Verbrechens geworden sei. Eine bisher noch unbekannte Zahl von Personen wurde daraufhin aus dem Trauerzug heraus verhaftet.

Das Requiem in der Kathedrale von Santiago wurde von den Bischöfen Jorge Hourton, Manuel Camilo Vial und Enrique Alvear gehalten. Dabei sagte Bischof Hourton in seiner Traueransprache u.a.:

"Muß die Spirale der Gewalt, die bereits das Leben so vieler Unschuldiger gekostet hat, weitergehen? Dieses Verbrechen ist schwerlich als simples kriminelles Delikt zu rechtfertigen. Wenn es in Chile heute Rächerkommandos oder Todesschwadronen gibt, um Stimmen zum Schweigen zu bringen oder Hindernisse zu beseitigen und sozial relevante Personen einzuschüchtern, dann ist das ein Symbol dafür, daß der behauptete soziale Frieden immer noch eine unerreichbare Sehnsucht ist, die vom Haß, der Gewalt und der Übermacht als Waffen der Abschreckung oder der Rache mit Füßen getreten wird..."

Am Grabe verabschiedeten nicht weniger als 8 Redner den beliebten Gewerkschaftsführer Don Tuca. Dabei betonte der Vorsitzende der UDT (so der jetzige Name der ehemaligen, christdemokratisch orientierten 'Gruppe der 10', der auch Tucapels ANEF angeschlossen ist), Eduardo Rios, daß die Ermordung von Tucapel Jimenez ein politisches Verbrechen sei, das die lange Liste fortführe, auf der bereits Namen wie die der Generale Schneider und Prats, der ehemaligen Minister Perez Zujovic und Orlando Letelier sowie unzähliger anderer stünden.

### »Ich sehe das Licht am Ende des Tunnels«

Tucapel Jimenez war zeitlebens ein kämpferischer und sehr optimistischer Gewerkschafter. "Erst wenn ich sterbe werde ich davon ablassen, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen", hat er in einem Interview mit der Zeitschrift HOY Ende November 1980 gesagt...

In demselben Interview sprach er davon, daß er bereits "das Licht am Ende des Tunnels" sehe; und er meinte damit die erneute Vereinigung der chilenischen Gewerkschaftsbewegung und eine entsprechende Schwächung des Regimes. Die chilenischen Gewerkschaften verglich er dabei mit einem Vulkan, der jederzeit explosionsartig ausbrechen könne.

Tucapel Jimenez war sicher einer derjenigen chilenischen Gewerkschafter, die am meisten für die Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte in Chile getan hat.

In einem Gespräch mit einem norddeutschen Journalisten Ende 1981 sagte Tucapel Jimenez einige Sätze, die seine Persönlichkeit beleuchten, die aber auch deutlich machen, warum er für das Regime gefährlich war. Hier einige Auszüge:

"Wir haben fast alle die Universität absolviert, aber nicht die Universität, die nur bestimmten Klassen vorbehalten ist, sondern die Universität, die 'Leben' heißt... Wir chilenischen Arbeiter hatten allerdings keine Ahnung, was eine Diktatur bedeutet. Bis 1973 kannten wir sie nur aus Zeitungsberichten über andere Länder. Vor allem das Ausmaß der Kontrolle und den Terror der Angst kannten wir



Der ermordete Tucapel Jimenez

uns nicht vorstellen. In der Gewerkschaftsbewegung haben wir für diese Unerfahrenheit im Umgang mit der Diktatur bitter bezahlen müssen. Acht Jahre haben wir nun schon dafür bezahlt...

Man hat zuweilen vom "chilenischen Wirtschaftswunder" gesprochen - wie vom deutschen Wirtschaftswunder. Aber der fundamentale Unterschied ist, daß in Deutschland die Arbeiter respektiert werden, eine starke Gewerkschaft haben. Bei uns gibt es neuerdings den PLAN LABORAL, der kein anderes Ziel hat, als die Ansätze einer erneuerten Gewerkschaftsbewegung zu zerstören. Hinzu kommt, daß wir bisher voll auf damit beschäftigt waren, das Bißchen zu verteidigen, was uns noch geblieben ist an gewerkschaftlichen Rechten. An eine Offensive war also bisher nicht zu denken... Aber in einem langsamen und unaufhaltsamen Prozeß wird die Gewerkschaftsbewegung stärker; die Einheit nach innen ist schon sehr viel stärker als es nach außen scheint... Die Ziele aller gewerkschaftlicher Gruppierungen sind jedenfalls die gleichen: Verteidigung und allmählicher Ausbau der Arbeiterrechte...

Einen 'Vorteil' hat sozusagen die Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft durch die Militärs mit sich gebracht: eine gewisse Stärkung der Basis. Früher ging es in der CUT nach dem Proporzsystem zu: der Vorsitzende mußte immer einer bestimmten Partei angehören, sein Stellvertreter einer bestimmten anderen usw. Das hat bis zu einem gewissen Grade die Autonomie eingeschränkt... Ich persönlich glaube, daß die politischen Parteien der Gewerkschaftsbewegung zu dienen haben und nicht umgekehrt... Die Tatsache, daß es so viele politische Parteien bei uns gibt, ist ein Unglück. Wir sind im Grunde so wenige, aber wenn es um die politischen Parteien geht, sind wir viele... Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung wird auch die politischen Parteien - ob sie es wollen oder nicht - zu einer stärkeren Einigung bringen und ihre jetzigen Streitereien überwinden helfen..."

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, wer die Auftraggeber der Mörder an Tucapel Jimenez sind! Tucapel, der in Opposition zur UP stand und sich erst unter der Diktatur radikalisierte, ist möglicherweise gerade deshalb als besonders gefährlich eingestuft worden. Es gibt nicht wenige Stimmen in Chile, die sogar davon ausgehen, daß die Umstände des Mordes bewußt eindeutig arrangiert worden sind, um andere zu warnen und einzuschüchtern. Eine Reihe von Gewerkschaftsführern hat daher beim Innenministerium den Antrag gestellt, Waffen tragen zu dürfen, da ihr "Berufsrisiko" in Chile täglich größer werde.



Politische Demonstration während des Requiems

### Eine makabere Kriminalposse

Offiziell ist das Regime um Aufklärung des Falles bemüht. Gleichzeitig gibt es aber offenbar inszenierte Zusammenhänge, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und die Ermittlungsbemühungen der Behörden in dieselbe Richtung - nämlich eines "normalen" kriminellen Deliktes - lenken sollen: Führerschein und Personalausweis von Tucapel Jimenez wurden (rein zufällig?) an verschiedenen Stellen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten in Viña del Mar, also 150 km vom Tatort entfernt gefunden. In Viña del Mar aber treibt seit August 1980 ein Massenmörder sein Unwesen, dessen Greuelthaten ganz Chile in Atem halten. Zehn Menschenleben, in der Mehrzahl der Fälle Frauen, und zahlreiche Vergewaltigungen hat er bereits auf dem Gewissen.

Nachdem man den 'Psychopathen von Viña del Mar' mehr als 18 Monate vergeblich gesucht hat, wird justament eine Woche nach der Ermordung von Tucapel Jimenez (und nachdem man die verschiedenen Papiere

von ihm in Viña del Mar gefunden hatte...) ein 40-jähriger Bankdirektor unter dem dringenden Verdacht verhaftet, der gesuchte Massenmörder zu sein. Ein Mann in gehobener und gesicherter Position, das Monster mit Doppelleben also - die Nachricht schlägt wie eine Bombe ein und läßt den Fall Jimenez zunächst fast vergessen.

Doch das makabre Schauspiel geht noch weiter. Wenige Stunden nach Bekanntgabe der Verhaftung des beschuldigten Bankiers Luis Eugenio Gubler wird dieser bedingungslos wieder auf freien Fuß gesetzt! Nun will man plötzlich genau wissen, daß nicht er, sondern zwei Karabineros gemeinsam die Ungeheuer von Viña del Mar sind. Die Verwirrung wird immer größer!

Doch anstatt die Zweifel an den Urhebern des Mordes an Tucapel Jimenez zu zerstreuen, und sei es nur durch eine mehr oder minder geschickte Ablenkung, nehmen die Indizien, die gegen die These vom gewöhnlichen Kriminaldelikt sprechen, täglich zu.

Vor etwas weniger als einem Jahr enthüllten Karabineros das Verbrechen zweier CNI-Agenten in Calama. Damals war die Rollenverteilung der Akteure jedoch genau umgekehrt: ein Bankdirektor und sein Kassierer waren die lange Zeit Verdächtigten, dann aber die ermordeten Opfer, CNI-Agenten waren die unwiderlegbar Schuldigen, und die Karabineros (die latente Rivalität zwischen CNI und Karabineros ist ein offenes Geheimnis in Chile) waren die in der polizeilichen Ermittlung Erfolgreichen.

Diesmal, so scheint es, hat der CNI in einer Art Racheakt versucht, den Spieß umzukehren: wieder ist zunächst ein Bankdirektor (diesmal ohne Kassierer) der Verdächtige, aber seine Schuld wird jetzt zwei Karabineros - "Auge um Auge, Zahn um Zahn" - in die Schuhe geschoben. Vorläufiger Punktzieger ist der CNI, der alles tut, um den Monstern von Viña auch die Schuld an der Ermordung von Tucapel Jimenez unterzubeln.

Vorläufig letzte Äußerung Seiner Exzellenz, des Herrn Staatspräsidenten, General Augusto Pinochet, zum Fall Tucapel Jimenez: "Wer gewinnt am meisten durch den Tod von Tucapel: die Regierung oder ihre Gegner?"

Gar nicht so dumm die Frage! Wenn nur die Indizien nicht so eindeutig wären und wenn sich nicht immer wieder erwiese, daß der CNI ein Staat im Staate ist, der die Freiheit hat, jeden auch noch so grausamen Willkürakt zu begehen. Die politische Verantwortung dafür trägt die Militärdiktatur und vor allem Pinochet selbst!



## Ein neues gewerkschaftliches

### Organisationsmodell

Das Nebeneinander verschiedener nationaler Gewerkschaftsverbände und die Bedingungen, mit denen das von der chilenischen Diktatur im Juni 1979 erlassene Arbeitsgesetz "Plan laboral" die chilenische Gewerkschaftsbewegung bisher relativ erfolgreich an die Kette gelegt hat, haben in einigen Gewerkschaftskreisen dazu geführt, die Frage nach den Organisationsstrukturen zu stellen und neu zu beantworten. Eine Antwort lautet, neben die bestehenden nationalen Gewerkschaftsgruppierungen regionale, branchenübergreifende Zusammenschlüsse zu setzen und so die Gewerkschaftsbewegung "von der Basis her" zu organisieren.

Angelpunkt des Plan laboral zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung sind die Vorschriften, daß Lohnverhandlungen nur auf der Ebene der Betriebsgewerkschaften geführt werden dürfen und daß Gewerkschaften keine Forderungen stellen dürfen, die als "politische" zu verstehen wären. Die im Jahr 1980 existierenden über 6 000 Betriebsgewerkschaften haben im Schnitt 67 Mitglieder; sie sind damit natürlich auch ökonomisch schwache Verhandlungspartner der Unternehmer und sind im Falle eines Streiks auf materielle Unterstützung angewiesen.

Aufgrund dieser Konstruktion haben alle von der gegenwärtigen Gesetzgebung tolerierten Zusammenschlüsse nur einen begrenzten Aktionsraum; legal bezieht sich ihre Funktion darauf, den Betriebsgewerkschaften im zweijährigen Turnus der Lohnverhandlungen beratend zur Seite zu stehen. Diese beratende Funktion darf allerdings insofern nicht unterschätzt werden, als bei den erstmals 1978 wieder möglichen Gewerkschaftswahlen alle diejenigen als Kandidaten ausgeschlossen waren, die früher schon politische oder gewerkschaftliche Funktionen ausgeübt hatten. Mit anderen Worten: die neue Generation von Gewerkschaftsvertretern waren ohne Erfahrung im Aushandeln von Tarifverträgen.

Als die führenden Vertreter der Nationalen Gewerkschaftskoordination im Juni 1981 diese Einengung ihres Aktionsraums durchbrechen wollten und der Regierung auch politische Forderungen unterbreiten wollten, wurden sie verhaftet; neun Vertreter wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen, zwei blieben bis Weihnachten 81 in Haft.

Vor allem aber die Ermordung von Tucapel Jiménez (s. Bericht) zeigt, daß alle Versuche, der Gewerkschaftsbewegung mehr Gewicht zu geben, verhindert werden sollen.

Unter den gegebenen Bedingungen haben sich die bestehenden Gewerkschaftsverbände "von oben her" organisiert. In Opposition zur Diktatur stehen die "Nationale Gewerkschaftskoordination" CNS ("links"), die "Demokratische Arbeiterunion" UDT (früher "Gruppe der Zehn", christdemokratisch), und die "Einheitsfront der Werktätigen" FUT; ebenso der "Verband der Privatangestellten" CEPECH.

Diese nationalen Gewerkschaftsführungen sind nicht - und konnten nicht - durch Wahlen zustande kommen; sie haben sich entweder aus den Zeiten vor dem Putsch erhalten oder erhielten ihre Legitimation durch die hinter ihnen stehenden (offiziell verbotenen) politischen Parteien.

Das hat zu einer Situation geführt, in der Spannungen zwischen Basis und Führung unvermeidlich sind; das schlägt sich auch darin nieder, daß die gegenwärtige Führung der CNS auf dem für April geplanten Gewerkschaftstag in Frage stehen wird.

Hinter den unterschiedlichen Organisationsstrukturen stehen unterschiedliche Auffassungen über das Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien. Die regionale Organisationsform ist der Versuch, unabhängig von den Parteien

eine autonome Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die langfristig als Einheitsgewerkschaft aus dem nationalen Zusammenschluß regionaler Verbände entstehen soll.

Rein quantitativ steht dieser neue Organisationsversuch nach knapp zwei Jahren allerdings noch am Anfang: Bisher sind in einer solchen Föderation nicht mehr als ein paar tausend Arbeiter zusammengeschlossen und die Zahl der Betriebsgewerkschaften liegt noch unter zwanzig. Im Vergleich dazu: Die größten nationalen Verbände vertreten nach eigenen Angaben im Jahre 1980 über 400 000 Arbeiter (CNS) bzw. ca. 130 000 (damalige "Gruppe der Zehn").

Allerdings sagen auch diese Zahlen nicht sehr viel über die Kräfteverhältnisse aus. Den nationalen Verbänden ist es nicht gelungen, ihre Basis zur Bekämpfung des Arbeitsgesetzes Plan laboral zu mobilisieren; und auch bei der Verhaftung der Führung der CNS kam es zu keinen öffentlichen Protesten seitens der Gewerkschaften.

Mit anderen Worten: Das Problem, wie fest die Gewerkschaftsführungen in der Basis verankert sind, ist offenkundig; deshalb die folgenden Informationen über ein neues Organisationskonzept.

#### Organisation von der Basis her

Die ersten betriebsübergreifenden Kontakte, die der Entstehung des neuen Verbandes vorausgingen, fanden vor der Lohnrunde 1979 statt. Damals trafen sich auf informeller Ebene Vertreter einzelner Gewerkschaften, um die erste Lohnrunde nach dem Arbeitsplan gemeinsam vorzubereiten, wenn auch anschließend getrennt zu führen. Im Jahre 1980 schlossen sich als Ergebnis dieser Besprechungen sieben lokale Gewerkschaften zu einer Föderation zusammen. Die Gruppe erweiterte sich 1981, und für 1982 wird die Aufnahme weiterer Gewerkschaften diskutiert. Innerhalb der Region ist diese Föderation der stärkste Verband; einzelne andere Gewerkschaften gehören nationalen Verbänden an; die übergroße Zahl der Betriebsgewerkschaften (in dieser Region) ist aber überhaupt keiner übergreifenden Organisation angeschlossen.

Die Arbeit der Föderation hat zwei große Schwerpunkte. Zum einen bietet sie Organisationsberatung für die Gründung neuer Gewerkschaften, zum anderen leistet sie technische Hilfe bei der Vorbereitung von Tarifverhandlungen. Für diese Aufgaben sind sie auf die Hilfe betriebsfremder Spezialisten (z.B. Juristen) angewiesen.

Da Gewerkschaftern der Zutritt zu fremden Betrieben verboten ist, kann eine Organisationsarbeit nur außerbetrieblich erfolgen. Als erfolgreicher erster Schritt hat sich der Aufbau von Betriebsfußballmannschaften erwiesen. Dasselbe Falblatt, das Spielanleitungen enthielt, erläuterte auch, wie und unter welchen Voraussetzungen die Gründung von Betriebsgewerkschaften möglich ist. Einen weiteren Bereich bildet die Unterstützung bei Streiks. Angesichts der herrschenden Bedingungen haben Streiks ohnehin kaum Aussicht auf Erfolg. Da außerdem die Gewerkschaften finanziell nicht in der Lage sind, Streikunterstützung zu gewähren, sind Streikende auf materielle Unterstützung seitens der Bevölkerung angewiesen. In dieser Situation hat die Föderation Nahrungsmittel gesammelt und bei der Einrichtung von "Volksküchen" geholfen. Damit gelingt es auch, den Streik über den Betrieb hinaus publik zu machen und die Grenzen zwischen sozialer Kommunikation und Streikversammlung fließend zu halten.

Und schließlich, da der Unternehmer während der Dauer eines Streiks Aushilfskräfte einstellen darf, richtet sich die Arbeit der Föderation darauf, auf mögliche Streikbrecher einzuwirken.

Für weitere Aufgaben hat die Föderation eine Reihe von Kommissionen bzw. Komitees eingerichtet:

- Eine technische Kommission, die den Mitgliedsgewerkschaften das Einmaleins der praktischen Gewerkschaftsarbeit beibringt. In diesen Kompetenzbereich fallen sowohl die elementaren Techniken der Versammlungs-, Verhandlungs- und Pro-

tokollführung als auch die Vermittlung der zivilgesetzlichen Vorschriften, die die Gewerkschaftsexistenz und das Arbeitsleben regeln. Wichtigster Bereich ist die technische Vorbereitung von Tarifverhandlungen. Dazu gehören die Kenntnis der Rechtsvorschriften, Analysenerstellung über die wirtschaftliche Situation der Einzelbetriebe und die Kunst, Verhandlungsspielraum zu erkennen und zu nutzen. In dieser Kommission arbeiten ehrenamtlich Lehrer, Juristen und Soziologen mit.

-Eine Presseabteilung. Die Föderation gibt regelmäßig ein Informationsblatt heraus in einer Auflage von über zweitausend Exemplaren. Zielgruppen sind alle Betriebsgewerkschaften in der Region.

-Ein Frauenkomitee. Seit ihrer Gründung versucht die Föderation, die Ehefrauen der Gewerkschaftsmitglieder in ihre Arbeit mit einzubeziehen. Arbeitsmarktpolitik und Familiensituation führten zu einer Marginalisierung der Frau in den Betrieben. Informationsabende über die Gewerkschaftspolitik, aber auch Sport- und Freizeitveranstaltungen sollen die Familienmitglieder in die gewerkschaftliche Arbeit mit einbinden.

-Eine Jugendkommission. Die frühere Einheitsgewerkschaft CUT habe es versäumt, einen gewerkschaftlichen Führungsnachwuchs zu rekrutieren. Da nach dem Putsch ein Großteil der führenden Gewerkschafter ermordet oder verhaftet wurde und emigrierte, standen die Gewerkschaften 1978 vor einem totalen Neubeginn. Die Einbindung von Jugendlichen in die Gewerkschaftsarbeit ist deshalb ein zentrales Anliegen.



## ARGENTINIEN

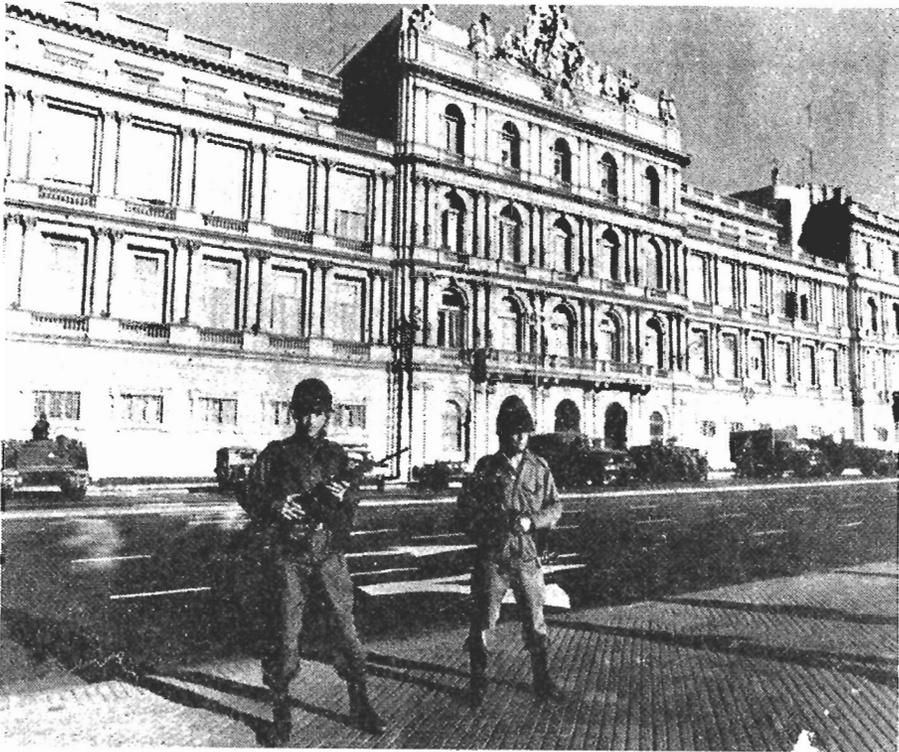
### Im Süden nichts Neues

Seit Weihnachten ist in Argentinien eine neue Militärregierung im Amt. Ihr Antritt wurde von Seiten der oppositionellen Parteien und der Gewerkschaften mit den zu erwartenden Protesterklärungen begleitet. Die Entscheidung über die Besetzung des Wirtschaftsministeriums war zugleich die Entscheidung für eine strikte Rückkehr zur neoliberalen Wirtschaftspolitik wie unter dem früheren Minister Martínez de Hoz, dessen Schüler Roberto Alemann das Wirtschaftsressort übernahm und sofort Maßnahmen zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben bekannt gab.

Längst bevor Galtieri tatsächlich zum Nachfolger des von der Junta geschaffenen Generalspräsidenten Viola übernahm, war klar, daß er der nächste Präsident sein würde. Ungewöhnlich ist allerdings, daß er vor Übernahme der Präsidentschaft nicht von seinem Amt als Oberbefehlshaber der argentinischen Armee zurücktrat. Dadurch ist er nun nicht nur Staatspräsident, sondern auch Oberbefehlshaber und Mitglied der Junta. Da die Junta nur einstimmige Entscheidungen fällen kann, ist er gegen eine "Palastrevolte" abgesichert und verfügt über mehr Macht als seine Vorgänger.

Der Machtantritt des neuen Diktators war begleitet von Protesten der oppositionellen Parteien, die ein Ende der Diktatur und die Rückkehr zu freien Wahlen forderten. Carlos Contín von der bürgerlichen Unión Cívica Radical verlangte, dies müsse die endgültig letzte von Militärs gebildete Regierung sein. Auch aus den Reihen der Armee selbst kam Kritik. Ex-Diktator Onganía (1966-1969) machte sich durch die Behauptung unbeliebt, der "Prozeß der nationalen Reorganisation" sei gescheitert. Er wurde prompt für mehrere Tage in Arrest gesteckt. Onganía vertritt den Teil der Streitkräfte, die einen starken Mann an der Spitze des Staates sehen wollen, der imstande ist, die internen Streitigkeiten in den Streitkräften zu beenden.

Der neue Innenminister General Alfredo Oscar Saint Jean legte den Ton des Regimes gegenüber den politischen Parteien fest: die Regierung sei durchaus bereit mit den Parteien des Landes in Gespräche einzutreten, um deren künftige Rolle in der Gesellschaft zu diskutieren. Aber keinesfalls könne die Regierung mit der Parteienkoalition Multipartidaria insgesamt verhandeln. Offensichtlich versucht das Regime die Koalition durch diese Taktik zu spalten, um sich die angenehmsten Gesprächspartner aussuchen zu können. Das Parteienstatut, also das Gesetz, das die Funktionsweise und Wiederzulassung der Parteien festlegen soll, ist wieder in der Diskussion und wird angeblich bald verabschiedet. Die wichtigste Entscheidung bei der Kabinettsbesetzung war die Benennung des neuen Wirtschaftsministers, nachdem die Regierung Viola vor allem über die Wirtschaftspolitik gestürzt war, die das Land in eine immer schlimmere wirtschaftliche Katastrophe geführt hat (vgl. LN 99, Dezember 1981). Daraus zog aber der neue Wirtschaftsminister Roberto Alemann nur den einen Schluß: die neoliberale Politik muß



VOR DEM PRÄSIDENTENPALAST in Buenos Aires, dem Sitz der Junta Argentinien

Foto: dpa

nur noch rigoros angewandt werden, dann wird sie schon funktionieren.

Alemanns Programm zielt zunächst auf die Reduzierung des Haushaltsdefizits ab. Das Defizit betrug 1981 8% des Bruttosozialprodukts; 1982 soll das Defizit auf 2% des Bruttosozialprodukts gedrückt werden. Das probate Mittel dafür scheint Alemann in der Privatisierung der defizitären Staatsbetriebe zu liegen. Von dieser sogenannten "Entstaatlichung" sind vor allem folgende Staatsunternehmen betroffen:

- FINANZSEKTOR: die Aktien der BANCO DE LA NACION (der größten Handelsbank), der BANCO NACIONAL DE DESARROLLO BANADE (der größten Entwicklungsbank) und der CAJA NACIONAL DE AHORRO Y SEGURO (der größten staatlichen Versicherungsgesellschaft) sollen privaten Käufern angeboten werden.
- Ein sehr umstrittenes Privatisierungsprojekt umfaßt den MILITARISCH-INDUSTRIELLEN KOMPLEX, d.h. die im Besitz des Militärs befindlichen Unternehmen (FABRICACIONES MILITARES). Die Streitkräfte gehören in Argentinien zu den größten Unternehmen. Die Fabricaciones Militares umfassen sowohl den eigentlichen Rüstungsbereich als auch sonstige strategisch wichtige Produktionsanlagen. Während die Rüstungsproduktion nach einiger Diskussion nun wohl doch in den Händen des Militärs bleiben soll, fallen folgende Bereiche unter die Privatisierungsabsichten: Stahl, Petrochemie, Bau und Schiffsbau.

- Bei der Öl- und Gasförderung und Verarbeitung werden derzeit noch Modelle einer Teilprivatisierung erarbeitet. Auch dies ist ein "heißes Eisen", da die Verstaatlichung der argentinischen Ölförderung in der Gesellschaft YPF erst in den fünfziger Jahren unter Perón nach langen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden konnte.
- Der Staat soll weiterhin alle Dienstleistungsunternehmen abgeben, die privatisierbar sind. Derzeit laufen bereits Verhandlungen mit SIEMENS, ITT und Standard Electric über den Verkauf der staatlichen Telefongesellschaft ENTTEL.

Der Rest der staatlichen Dienstleistungsbetriebe und der staatlichen Verwaltung soll durch drastische Personalverminderung zum Abbau des Haushaltsdefizits beitragen.

Der zweite Bereich der Reduzierung der Staatsausgaben ist die weitere Senkung der Löhne. Alemann kündigte sofort nach seiner Ernennung gleich nach Weihnachten 1981 die Einfrierung der Löhne und Gehälter der öffentlichen Angestellten und der Arbeiter in den Staatsbetrieben an. Die heftige Reaktion der Gewerkschaften bewirkte zwar ein baldiges Dementi, doch wurde "vorübergehend" die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflation aufgeschoben - was auf eine Einfrierung unter anderem Namen hinausläuft. Die Lebenshaltungskosten stiegen im Januar um 11,3 und im Februar um ca. 5%.

Der Kritik an dieser Politik, die auf eine beabsichtigte weitere Verarmung und eine Steigerung der Arbeitslosenzahl hinausläuft, und die deshalb soziale Unruhe hervorrufen könnte, antwortete Alemann zynisch: "Das wird die Stabilität der Regierung nicht beeinträchtigen, weil das neue Kabinett stark ist."

Diese Politik wurde Anfang Februar auch von Bischof Hesayne scharf kritisiert: "Die Kirche ist sehr beunruhigt, weil die Gebote des Evangeliums nicht erfüllt werden und weil weiterhin festgestellt werden muß, daß die Kluft ... zwischen Arm und Reich heute in Argentinien jeden Tag stärker fühlbar ist; diese Kluft widerspricht in fundamentaler Weise den Prinzipien des Evangeliums." Der Bischof fügte hinzu, "die Wirtschaftspolitik und die Ökonomie des Prozesses (seit 1976) ist antichristlich." "Das Zweite Vatikanische Konzil sagt, daß ein totalitärer und diktatorischer Staat eine unmenschliche Regierung ist, d.h. daß die dem Menschen eigene Regierungsform die demokratische Regierung ist." (Clarín, 8.-14.2.1982)

Dies scheint den Wirtschaftsminister nicht weiter zu stören, denn kurz darauf verkündete er die nächste unsoziale Maßnahme: Alle Unternehmer, die ihren Arbeitern und Angestellten einen übertariflichen Lohn zahlen, sollen auf die Differenz zwischen Tariflohn und Effektivlohn eine Sondersteuer zahlen. Damit versucht die Regierung einerseits das Steueraufkommen zu erhöhen, andererseits aber die Lohnpolitik der Unternehmer besser unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Unternehmensverbände protestierten gegen diese zusätzliche Belastung, die nicht nur für die Unternehmer untragbar sei, sondern in ihrer Konsequenz zu einer weiteren Verengung des Binnenmarktes führe. Damit versucht das Regime auch, den Gewerkschaften das Wasser abzugraben, die es durch betriebliche Streiks schaffen, einen höheren Lohn als den gesetzlich verankerten Tariflohn zu erhalten und damit wenigstens die Inflation einigermaßen ausgleichen können.

Angesichts dieser Wirtschaftspolitik und in der Hoffnung, die Verabschiedung des Parteienstatuts zu beschleunigen und die Abfassung in ihrem Sinn zu beeinflussen, hat die Parteienkoalition Multipartidaria für März einen Aktionsplan beschlossen. Auch die peronistische Dach-

gewerkschaft CGT hat einen Mobilisierungsplan verabschiedet, der aber keine Streiks beinhaltet. Da bis Redaktionsschluß noch keine Informationen über den Erfolg dieser Pläne vorlagen, wollen wir in der nächsten Nummer über die Situation der Gewerkschaften und der Parteien berichten.

#### DRITTE BRD-FREGATTE FÜR ARGENTINIEN

Die dritte von insgesamt vier Fregatten für die argentinische Marine ist Mittwoch bei der Hamburger Werft BLOHM & VOSS vom Stapel gelaufen. Sie wurde auf den Namen "Heroína" (Heldin) getauft. Die argentinische Armee will insgesamt zehn Schiffe dieses Typs in Dienst stellen, vier davon werden in Hamburg sechs weitere als Lizenz Montage in Argentinien zusammengebaut. (Aus: TAZ, 19.2.1982)

## Der Mord an Ana Maria Martinez

Am 17. Februar gab die zuständige Polizeibehörde bekannt, daß man die Leiche der seit dem 4. Februar entführten Ana Maria Martinez aufgefunden habe.

Ana Maria Martínez war 25 Jahre alt und schwanger. Die junge Frau war Metallarbeiterin und politisch in der kleinen trotzkistischen Partido Socialista de los Trabajadores (Sozialistische Arbeiterpartei) aktiv.

Augenzeugenberichten zufolge wurde sie am 4. Februar von einem jungen Mann und einer jungen Frau aus ihrer Wohnung gezerrt und in einem grünen Auto verschleppt. Der schnell benachrichtigte Lebensgefährte von Ana Maria versuchte die Verfolgung des grünen Wagens aufzunehmen, verlor ihn aber bald. Seine Nachforschungen bei den Polizeistellen erbrachten keine Aufschlüsse über den Verbleib der Entführten.

Die argentinischen Menschenrechtsorganisationen schalteten sich ein mit der Forderung nach der sofortigen Freilassung von Ana Maria. Eine großformatige Anzeige in den Tageszeitungen, die u.a. von den beiden Schriftstellern Jorge Luis Borges und Ernesto Sábato unterzeichnet war, machten den "Fall" bekannt. Eine Delegation der Menschenrechtsorganisationen versuchte das Innenministerium zum Eingreifen zu bewegen - ebenfalls erfolglos.

Am 17. Februar schließlich gab die Polizei bekannt, sie hätte am 12. Februar die schon stark verwesene Leiche von Ana Maria Martinez gefunden.

Am 18.2. gaben auf einer Pressekonferenz der Ständigen Versammlung für die Menschenrechte Vertreter der oppositionellen Parteien und der Gewerkschaften der Militärregierung die Schuld an dem Mord. Die Menschenrechtsorganisationen äußerten ihre Befürchtung, dieser Mord könne der Auftakt zu einer wieder verstärkten Aktivität der Todesschwadronen sein.

Vertreter des Regimes versuchten dagegen in bewährter Weise, den Linken den Mord in die Schuhe zu schieben. Ein Unterstaatssekretär im Innenministerium meinte, der Mord sei entweder das Werk von Linksextremisten oder von "Gruppen unbekannter Herkunft", die das Ziel hätten, die Regierung zu destabilisieren.

Die Anwälte der Familie der Toten haben den Verdacht, daß die Polizei selbst in die Ermordung verwickelt ist. Sie stellen folgende Fragen: warum wurde die Leiche nicht sofort zur Identifikation durch die Familie freigegeben? Warum nannte man der Familie nicht die Kleidungsstücke der Toten, die die Identifikation erleichtert hätten? Warum schnitt man ihr stattdessen zur Identifikation die Hände ab? Warum wurde die Tote mit bemerkenswerter Eile begraben? An die "hygienischen Gründe" glaubt niemand. Die Militärregierung sah sich durch die große Empörung gezwungen, eine genaue Untersuchung anzukündigen. Ob die wahren Mörder dabei gefunden werden ist zweifelhaft.

QUELLEN: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, El Clarin

# BOLIVIEN

## Kaputtsanieren der Wirtschaft

Die Militärdiktatur steht vor einer sich immer weiter verschärfenden Wirtschaftskrise, wobei man schon vor einem Jahr glaubte, daß eine Steigerung kaum noch möglich sei. Durch die fortdauernde politische Instabilität, auch im Militär selbst, war nicht einmal aus konservativen Kreisen ein Impuls für die Wirtschaft ausgegangen.

Nach wie vor ist der Kokain-Schmuggel die Haupteinnahmequelle der herrschenden Militärdiktatur. Die Machtkämpfe im Militär werden zwar seit der Machtübernahme von Gen. Torrelio im September nicht mehr offen ausgetragen, und es scheint eine gewisse Beruhigung eingetreten zu sein. Dadurch, daß aber mit Torrelio eine allerdings kaum bekannte und damit wenig exponierte Figur aus der gleichen Gruppe um García Meza im Präsidentenpalast residiert, sind die Differenzen, die zu den wiederholten Putschversuchen im Frühjahr und Sommer letzten Jahres führten (vgl. LN 93, 94, 95, 97) auf keinen Fall aus dem Weg geräumt, sondern lediglich aufgeschoben.

### Streiks der Bergleute

Nach den ausgedehnten Streiks im Bergbauzentrum Huanuni, der ertragreichsten Zinnmine der staatlichen Gesellschaft COMIBOL, im November und Dezember letzten Jahres sah sich die Regierung gezwungen, in einigen Punkten teilweise Zugeständnisse zu machen. Das wichtigste Ergebnis dieser Streiks, die sich auch auf andere Sektoren und Landesteile ausbreiteten, war ein von der Militärregierung schließlich gebilligter Stufenplan für die Wiederzulassung von Gewerkschaften, die seit dem Putsch vom Juli 1980 erneut verboten waren. Danach sollten zunächst auf betrieblicher, dann auf lokaler und regionaler und nach frühestens 18 Monaten auch auf Landesebene wieder gewählte Gewerkschaften zugelassen werden.

Nach der entschlossenen Haltung der Bergleute, aber auch der Bauern und Fabrikarbeiter zögerte die Regierung, die nach ihrer Logik längst fälligen Wirtschaftsmaßnahmen durchzusetzen. Nachdem die Devisenbestände der Zentralbank und die Kassenbestände des Staates eigentlich schon seit August aufgebraucht waren, war es nur eine Frage der Zeit, wann Bolivien auf die Forderungen des Internationalen Währungs Fonds IWF eingehen würde. Zudem widersprechen die Rezepte des IWF der Wirtschaftsideologie der im Augenblick herrschenden Militärs kaum. Das Zögern der Militärregierung ist vielmehr damit zu erklären, daß eine weitere Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung zu erneuten Protesten führen mußte.

### Neues Wirtschaftspaket

Zum Jahreswechsel trieb der Devisenschwarzmarkt immer größere Blüten. Bei einem amtlichen Kurs von weiterhin 25 Peso für den US\$ kletterte der Schwarzmarktkurs im Januar schon auf über 40. In den Umschuldungsverhandlungen des letzten Jahres konnte Bolivien zwar erreichen, daß die fälligen und überfälligen Kredit-

rückzahlungen weiter aufgeschoben wurden; damit war aber nur der unmittelbar anstehende Bankrott des bolivianischen Staates abgewendet ( verschoben ) worden.

Für die Sanierung der Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen sind umfangreiche Maßnahmen und Investitionen erforderlich, die in der gegenwärtigen Situation nur durch Auslandskredite finanziert werden können. Um seine internationale Kreditwürdigkeit zu verbessern, mußte Bolivien also auf die Bedingungen, die der IWF an einen weiteren Überbrückungskredit knüpfte, eingehen.

Die einschneidenden Maßnahmen vom Februar dieses Jahres unterscheiden sich in ihrem wirtschaftspolitischen Gehalt kaum von den beiden Wirtschaftspaketen, die jeweils 13 Monate vorher schon Boliviens Wirtschaft sanieren sollten.

Dieser dritte Akt des IWF-Programms trifft die bolivianische Bevölkerung insofern härter als die gleichen Regierungsdekrete in den Jahren zuvor, weil damit stufenweise eine weitere Verschlechterung der ohnehin katastrophalen Lebensbedingungen einhergeht. Im einzelnen wurde eine weitere Abwertung um diesmal 76 % ( 44 Peso = 1 US\$ ) und weitere Preisfreigaben für Benzin und Brennstoffe, sowie einige Grundnahrungsmittel wie Brot verordnet. Zusätzlich wurden eine Reihe von Importsteuern herabgesetzt. Als Ausgleich wurden einige andere Nahrungsmittel ausgewählt, deren Preise eingefroren wurden, was besonders die Bauern hart trifft. Ausgleichszahlungen sind in geringem Umfang nur den Lohn und Gehaltsempfängern des öffentlichen Dienstes gewährt worden - in Form einer einmaligen Zahlung.

Die genannten Preisfreigaben ziehen in der Regel umfangreiche Preiserhöhungen in anderen Bereichen und im ganzen Land für fast alle Güter und Dienste des täglichen Bedarfs nach sich. Alleine die erneute Erhöhung der Treibstoffpreise schlägt sich auf die Buspreise und die Transportkosten für Lebensmittel und andere Waren nieder. Zugleich steigen durch die Abwertung sämtliche Importpreise.

### Wem hilft die Sanierung?

Für Boliviens Wirtschaftsstruktur sind Importe unumgänglich. Es müssen nicht nur Nahrungsmittel importiert werden, sondern auch, und das in viel größerem Umfang, fast alle Maschinen und Vorprodukte sowie Ersatzteile für Industrie und Bergbau. Durch die außerordentlich hohe Abwertung ( die bisher höchste in Bolivien ) ist eine Verteuerung der Importe eingetreten, die auf keinen Fall durch die Importerleichterungen ausgeglichen werden.

Die Folgen dieses neuesten Wirtschaftspaketes werden nicht nur - das ist ja schon traurige Gewohnheit - auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung ausgetragen, auch die bolivianischen Unternehmer sehen sich in ihrer Existenz bedroht. Sie sind einerseits auf die verteuerten Importe angewiesen, können aber andererseits durch die immer weiter sinkende bis schwindende interne Kaufkraft ihre Produkte kaum noch verkaufen. Eine Exportförderung, wie im Prinzip vom IWF Abwertungen begründet werden, kommt für die in den Kinderschuhen steckende bolivianische Industrie so gut wie nicht infrage, da sie international überhaupt nicht konkurrenzfähig ist.

Es bleibt also die Frage nach dem Beitrag der Abwertung für die Sanierung der bolivianischen Wirtschaft und wer sich da saniert. Als Nutznießer blieben dann die Rohstoffexporteure, für die nach wie vor die international festgelegten Preise gelten, die aber für den Elös in US\$ jetzt mehr bol. Peso bekommen (Der Kokain-Schmuggel bleibt hier vollkommen unberücksichtigt, weil er von den Wirtschaftsmaßnahmen fast unberührt bleibt). Allerdings müssen auch die Unternehmen im Rohstoffbereich ihre Maschinen und Geräte wiederum im Ausland für Dollar kaufen. Als Mehreinnahmen im Endeffekt bleiben dann 'nur' die Differenzbeträge zwischen 'Abwertungsgewinn' und den in bolivianischer Währung nur weniger gestiegenen einheimischen Vorprodukten und den so gut wie nicht gestiegenen Löhnen.

### *Proteste bleiben nicht aus*

Wie kaum anders zu erwarten - und deshalb hat die Regierung die Repressionsschraube schon kurz vor der Verkündung der Maßnahmen erneut verstärkt angezogen und ging vor allem gegen Gewerkschafter vor - ließen die Proteste trotzdem nicht lange auf sich warten. Die Spekulations- und Hamsterkäufe schon vor der Abwertung machten die ohnehin schwierige Versorgungslage besonders prekär. Der von der Gewerkschaftszentrale COB ausgerufene Generalstreik wurde in weiten Teilen befolgt. Auch in der Folgezeit kam es immer wieder zu einzelnen und größer organisierten Protesten in allen Landesteilen.

Aus den Bergbauzentren wurde bekannt, daß unter dem Vorwand von wirtschaftlich notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen eine größere Zahl von Bergleuten entlassen wurde. Wenn auch die Rationalisierung von der Regierung als ein Mittel zur Ertragssteigerung angesehen wird, ist es doch nicht zufällig, daß es sich bei den Entlassenen ausgerechnet um die aktivsten bei den Streiks vom November handelt. Inzwischen konnte durch Sympatiestreiks zumindest vorläufig ihre Wiedereinstellung erreicht werden. Trotzdem drohen weitere Entlassungen und einige Gewerkschafter sind weiterhin in Haft.

Quellen: IPE La Paz; Presencia; Latin American Newsletters; Bolivia Informe; eigene Recherchen

# ARGENTINIEN/ MITTELAMERIKA

## Die schleichende Intervention

In den letzten Wochen geriet nach Enthüllungsberichten der beiden US-Tageszeitungen WASHINGTON POST und LOS ANGELES TIMES die schleichende Intervention argentinischer Militärs in Mittelamerika auch in die Schlagzeilen der Presse der Bundesrepublik. Da diese Informationen aber sehr verstreut sind, wollen wir im Folgenden die Indizien und Zitate, die die Einmischung Argentiniens in Mittelamerika belegen, zusammenfassen. Es ist wichtig, neben den Aktivitäten der USA in Mittelamerika auch die der lateinamerikanischen Diktaturen im Auge zu behalten, da diese durchaus bereit sind, die schmutzige Arbeit für die USA zu machen.

Eine zentrale Rolle bei der Koordinierung konterrevolutionärer Aktionen spielt die jährlich stattfindende Konferenz der Streitkräfte der Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Auf der Konferenz in Bogotá im Jahre 1980 hatte der damalige Oberbefehlshaber der argentinischen Streitkräfte und spätere Staatspräsident General Roberto Viola die sogenannte "Viola-Doktrin" entwickelt. Dieser Doktrin zufolge haben die Streitkräfte eines Landes das Recht, ausländische Streitkräfte gegen eine "subversive" Bedrohung zu Hilfe zu rufen - auch ohne die eigene Regierung zu konsultieren, falls die auch den subversiven Kräften zuzurechnen ist. Mit dieser Doktrin wurde nachträglich die Beihilfe der argentinischen Diktatur zum Militärputsch gegen die bolivianische Regierung Lidia Gueilers im Sommer 1980 gerechtfertigt.

Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua und die Befreiungskämpfe in El Salvador und Guatemala stellen in den Augen der argentinischen Machthaber eine Bedrohung des westlichen Systems dar. Bezeichnenderweise wurden die sandinistischen Streitkräfte nicht zu der Militärkonferenz eingeladen, obwohl Nicaragua Mitglied der OAS ist. Obwohl Argentinien weit von Mittelamerika entfernt liegt und Argentinien keine direkten wirtschaftlichen Interessen in der Region hat, sehen die Generale ihr Regime durch eine mögliche Befreiung Mittelamerikas gefährdet - das Beispiel könnte Schule machen. So ist es kein Wunder, daß argentinische Diplomaten und hohe Offiziere den USA immer wieder öffentlich ihre Hilfe im Kampf gegen die mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen anbieten.

Bei seinem Besuch in Washington im November 1981 anlässlich der 14. Konferenz der amerikanischen Streitkräfte bekundete der Oberbefehlshaber der argentinischen Streitkräfte und heutige Staatspräsident General Leopoldo Galtieri, "seinen Willen, die USA in Mittelamerika politisch und selbst militärisch zu unterstützen, falls die Sowjetunion, Kuba und Nicaragua weiterhin wie bisher im Bürgerkrieg in El Salvador intervenieren." (La Prensa, zit. nach El Día, 19.2.82)

Jeanne Kirkpatrick, UNO-Botschafterin Reagans und Verteidigerin der lateinamerikanischen Diktatoren, dachte während ihrer Südamerika-

Reise im August 1981 laut über eine Intervention nach. Sie "sprach von der Möglichkeit einer Intervention in Mittelamerika zusammen mit den Militärregierungen von Chile, Uruguay und Argentinien ... Kirkpatrick erklärte, daß die Militärregierungen des Cono Sur wertvolle Hilfe leisten könnten, um die Ausbreitung des Guerrillakrieges in Mittelamerika zu verhindern ... Das Pentagon und das State Department haben versprochen, die Waffenlieferungswünsche der entsprechenden Länder wohlwollend zu prüfen." (El Día, 10.9.1981)

Als Sonderbotschafter General Vernon Walters im September 1981 besuchte, "bat der General seine Gastgeber, ihre Hilfe für die salvadoreanische Junta zu verstärken. Er sagte, Argentinien solle sich bereit halten, Truppen als Teil einer inter-amerikanischen Truppe nach Mittelamerika zu schicken; diese Truppe soll organisiert werden, wenn die Regierung von José Napoleon Duarte eine derartige Militärhilfe anfordere." (Latin America Weekly Report, 2.10.1981)

Bei der genannten 14. Konferenz der Streitkräfte der OAS, die vom 3. bis 5. November in Fort McNair/USA tagte, stand der Kampf gegen die "Subversion" im Mittelpunkt. Die Tagesordnung, die der italienischen Nachrichtenagentur ANSA zugespielt wurde, lautete: "Kampf gegen die Subversion der extremen Linken auf ideologischem Gebiet; 2) Methoden und Formen, in denen sich die subversive Aktion entwickelt; 3) der Kommunismus als ein Bedrohungsfaktor für die Sicherheit des Kontinents; 4) kombinierte Auswertung von Geheimdienstkenntnissen; 5) die marxistische Subversion als "besondere Herausforderung"; 6) Art der Bekämpfung des Terrorismus; 7) die Anwesenheit Kubas in amerikanischen Ländern; 8) Analyse der städtischen Subversion; 9) mögliche Kooperation zwischen den Streitkräften und den Polizeiapparaten der Länder im Kampf gegen die Subversion; 10) Analyse der Sowjetpolitik gegenüber den lateinamerikanischen Ländern." (El Día, 21.2.1982)

Seit November sind argentinische Offiziere, Folter- und Counterinsurgencyspezialisten, in El Salvador stationiert. Während es bis vor wenigen Wochen nur vage Vermutungen über eine heimliche Intervention gab, häufen sich nun die veröffentlichten Informationen über argentinische Militärs in Mittelamerika und ihre Zusammenarbeit mit den USA und somozistischen Konterrevolutionären:

Anfang Februar beschuldigte die nicaraguanische Regierung Argentinien der Beteiligung an Sabotageakten in Nicaragua. Diese Beschuldigung stützt sich auf die Aussage eines verhafteten Somozisten, der zu der somozistischen Truppe der UDN-FARN gehört. In einer ausführlichen Erklärung stellte Baltodano seine Aktivitäten bei der Zusammenarbeit mit Argentinien und den USA dar:

"Baltodano sagte, er sei zusammen mit den Chamorros nach Honduras gereist, wo er Trainingslager besucht habe, die unter dem Befehl von Nicaraguensern und Costariquensern standen. Danach reisten sie nach Miami und von da nach Argentinien, wo sie direkten Kontakt mit dem Generalstab der Streitkräfte hatten, der von General Bali und seinem Adjutanten Oberst Mario Davinco hergestellt wurde ... Bei der dritten Zusammenkunft gab ihnen Oberst Davinco 50 000 US-\$ ... 'Das ist der Beginn, damit die Sache anfängt sich zu bewegen', sagte Davinco nach Aussage von Baltodano. Von Argentinien aus reisten sie nach Venezuela, wo sie sich - wie bei anderen Gelegenheiten - mit 'Persönlichkeiten der Regierung und venezolanischen Unternehmern trafen; sie trafen dort auch Nicaraguaner, die sich gerade im Land aufhielten. Dann reisten sie nach Kolumbien und Chile, 'denn es ist wichtig, einen Weg zu der chilenischen Regierung zu öffnen.' Wieder in San José hatten sie eine Unterredung mit anderen Mitgliedern der UDN-FARN und führen dann zusammen mit Juan Zavala, einem ehemaligen somozistischen Viehzüchter, nach Miami, wo sie 'wie Helden empfangen wurden. Am Flughafen erwarteten

uns Journalisten, Fotografen und Kameralente. Fernando Chamorro sagte, wir kämen, um wirtschaftliche und politische Hilfe von Reagan zu erbitten'. ... Dann wählten sie den neuen Generalstab der FARN: als ersten Chef Fernando Chamorro, als zweiten Juan Zavala und schließlich Baltodano. Durch die Vermittlung des Direktors der Tageszeitung LAS AMERICAS gelang es ihnen, in Washington mit Thomas Enders, dem Unterstaatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten zu sprechen. Baltodano zufolge hatte das Treffen 'positive Ergebnisse'. Sie trafen sich mit einem Berater Reagans, den Baltodano nicht identifizierte. ... Nach Aussage Baltodanos gelang es Chamorro jedoch nicht, die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten davon zu überzeugen, daß es in Nicaragua Verschwundene und Folter gebe ... Vor der Abreise aus Miami begannen sie mit der Verpackung der Waffen, die sie von dem argentinischen Geld gekauft hatten; die Verpackungen waren an die FUSEP (Spezielle Sicherheitskräfte) von Honduras adressiert, 'wie es zwischen dem hondurensischen Heer und den UDN-FARN ausgemacht war.' In Tegucigalpa nahm ein Offizier der FUSEP die Waffen in Empfang, die dann über den Kontaktmann "Rodolfo" an die FARN weitergegeben wurden. Baltodano erklärte, auf diese Weise sei auch die Sendeanlage des somozistischen "Radio 15. September" nach Honduras gekommen ..." (Por Esto!, 4.2.1982)

Außer durch die Finanzierung derartiger Truppen sind die Argentinier nach Angaben der nicaraguanischen Regierung auch an einer 500 Mann starken paramilitärischen Truppe beteiligt, die in Honduras stationiert ist. Diese Truppe soll den Nachschub der salvadoreanischen Befreiungsfront aus Nicaragua stören. Darüberhinaus drängen vor allem die Argentinier darauf, die sandinistische Regierung durch Sabotageakte zu "destabilisieren". (Radio Kanada, deutschsprachiger Dienst am 15.3.1982).

Am 6.2. berichtete die mexikanische Tageszeitung EL DIA unter Berufung auf die Los Angeles Times und einen ungenannten Kongreßabgeordneten, daß 50 argentinische Offiziere in Mittelamerika somozistische Söldner und Soldaten aus El Salvador und Guatemala ausbilden.

Am 12.2. nannte Latin America Weekly Report weitere Indizien einer argentinischen Intervention: von der neuen Regierung unter General Galtieri wurde General a.D. Alberto Valín zum Botschafter in Panama ernannt. Valín war Chef des Geheimdienstes des Heeres gewesen; er gilt als Spionagespezialist. Er soll ebenfalls an der Finanzierung der UDN-FARN beteiligt gewesen sein. Die Ernennung Valíns deutet darauf hin, daß in Panama eine geheime Kommandostruktur zur Koordination zwischen den verschiedenen repressiven Kräften Mittelamerikas aufgebaut wird oder wurde. Außerdem verfügt Argentinien seit einigen Wochen über eine schnelle Eingreiftruppe, die jederzeit nach El Salvador geschickt werden kann. Die Truppe wurde ursprünglich für einen Einsatz bei der Sinai-Friedenstruppe der UNO gebildet, aber nachdem eine Beteiligung Argentiniers dann doch nicht zustande kam, blieb die Spezialeinheit in der Garnison Campo de Mayo einsatzbereit kaserniert.

Am 19.2. veröffentlichte EL DIA die Information, daß salvadoreanische Offiziere in US-amerikanischen Militärbasen von Argentinern ausgebildet werden.

Im Februar besuchte der Stabschef der salvadoreanischen Streitkräfte Rafael Suarez Lima Buenos Aires. Er gab während des Besuchs keine Pressekonferenz, besuchte aber die Rüstungsbetriebe der argentinischen Streitkräfte und führte Gespräche mit Oberbefehlshaber und Präsident Galtieri und Innenminister Saint Jean. General Saint Jean seinerseits ließ verlauten, daß Argentinien jederzeit bereit sei, El Salvador zu Hilfe zu kommen. (El Clarín, 22.-28.2.1982)

Am 24.2. veröffentlichte EL DIA folgenden Bericht:

"EIN ARGENTINISCHER MILITÄR BESTÄTIGTE, DASS ER MITARBEITER DER SALVADOREANISCHEN VERTEIDIGUNG IST

Ciudad de Panama, 23.2. (ANN) - Reisende aus San Salvador bestätigten einen hohen argentinischen Militär getroffen zu haben, der auf dem Flughafen von San Salvador, Cuscatlán, Besorgungen erledigte, die offensichtlich in Zusammenhang mit Transporten argentinischer Truppen in diesem Land standen. Den Quellen zufolge wurde der Argentinier Emilio Jasón - mit dem Grad eines Obersten dieser Nation - vor vier Tagen mit Gepäck im Flughafengebiet gesehen. Die Informanten fügten hinzu, daß Jasón - 45 Jahr mit Glatze - dabei war, eine Mission auf salvadoreanischem Territorium zu erfüllen. Der argentinische Militär bestätigte, daß 'wir bei der Verteidigung der Demokratie und der Freiheit in El Salvador mitarbeiten.' Politische Beobachter erklärten, die Anwesenheit des argentinischen Militärs passe in die angekündigten Pläne der militärischen 'Kooperation' zwischen der militärisch-christdemokratischen Junta und verschiedenen Streitkräften Lateinamerikas. ..."

Am 10.3. veröffentlichte die Frankfurter Rundschau den Inhalt einer Protesterklärung der Argentinischen Menschenrechtskommission, die den "Unterdrückungsexport" des argentinischen Regimes scharf verurteilt. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation befinden sich 180 Offiziere in El Salvador, weitere Argentinier seien damit beschäftigt, guatemaltekeische und somozistische Truppen zu trainieren.

Das Eingreifen argentinischer Militärs in Mittelamerika war auch Gesprächsthema beim Besuch des US-amerikanischen Unterstaatssekretärs Enders in Buenos Aires: "Enders ... wies darauf hin, daß Argentinien an möglichen 'Aktionen' in Mittelamerika beteiligt werden möchte. Er wolle nicht so weit gehen und erklären, daß die Entscheidung einer Friedenstruppe (sic!) zur Debatte stehe, doch fühlten sich 'fast alle lateinamerikanischen Staaten durch die Ereignisse in Mittelamerika bedroht.'" (FR, 11.3.1982)

Die diversen Dementis von salvadoreanischen, US-amerikanischen und argentinischen Regierungsstellen zu diesen Informationen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß bereits eine Anzahl argentinischer Offiziere aktiv (auch militärische Beratung, ist aktive Unterstützung!) am Kampf gegen die mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen beteiligt ist. Zusätzlich hält Argentinien die genannte schnelle Eingreiftruppe einsatzbereit. Für die Anti-Interventionsbewegung ist es wichtig, die Entwicklung dieser schleichenden Intervention genau im Auge zu behalten. Denn bevor die USA selbst in El Salvador einmarschieren, könnte die schmutzige Unterdrückungsarbeit bereits von den Soldaten der lateinamerikanischen Diktaturen besorgt werden, die langsam nach Mittelamerika eingeschleust werden. Es wäre wohl auch ein Irrtum zu glauben, Argentinien täte dies nur als Marionette der USA. Die argentinischen Generäle haben selbst das größte Interesse daran, das gefährliche Beispiel aus der Welt zu schaffen. Dagegen nehmen sie im Austausch für ihre Unterstützung der US-Politik gern Waffen und Kredite an, die seit Reagans Amtsantritt auch da wieder möglich sind, wo es unter Carter noch ein Waffenembargo gab. Das argentinische Militärregime ist nicht nur nach innen gegen die Bürger des eigenen Landes, sondern auch nach außen ein aggressives Regime. Eine wichtige Aufgabe der Argentinien-Komitees in der nächsten Zeit müßte es sein, die immer stärkere Intervention argentinischer Militärs in Mittelamerika genau zu beobachten und öffentlich dagegen zu protestieren.

# GUATEMALA

## Israel: Lieferant der Diktatoren

"Wir bewundern Israel, die israelischen Soldaten sind gegenwärtig die besten Soldaten der Welt, für uns sind sie ein Beispiel und ein Vorbild". Dies äußerte General Benedicto Lucas Garcia, Chef des Generalstabes und Bruder des derzeitigen Präsidenten von Guatemala, am 22. November 1981 gegenüber HAARIV, einer der größten israelischen Zeitungen.

Diese Äußerung war nicht nur eine Höflichkeitsfloskel, sondern sie ist die Konsequenz einer intensiven militärischen Beziehung, die im letzten Jahrzehnt zwischen beiden Ländern aufgebaut wurde. Anerkennend faßte der General seine Gespräche mit der Regierung Begin zusammen: "Israel gewährt Guatemala weiter militärische Hilfe". Diese Militärhilfe machte Guatemala im vergangenen Jahr zum wichtigsten Zentrum israelischer Intervention in Mittelamerika.

Bedeutsamerweise hat Israel in den letzten drei Jahren diejenigen zentral-amerikanischen Regierungen unterstützt, die sich einer zunehmenden militärischen Volksbewegung gegenübersehen. 1978 bis 1979 gewährte Israel Somoza Militärhilfe, bis dieser gestürzt wurde. 1980 kamen 83 % der importierten Waffen, die die christdemokratische Junta El Salvadors bezog, aus Israel. Und nun ist es das vom Volk bekämpfte und isolierte Regime Guatemalas, dem die Regierung Begin verstärkt seine Aufmerksamkeit zuteil werden läßt. Israel beliefert die guatemaltekeische Armee mit einer großen Anzahl verschiedenster Waffen. Es reicht vom leichten Maschinengewehr Typ Galil und Typ Uzi über elektrischen Stacheldraht bis hin zu Flugzeugen Marke Arava und Jets vom Typ Kfir. Insgesamt machen diese israelischen Waffen 60 % der Waffenlieferungen aus, die das Regime Lucas Garcia bezieht.

Nicht nur Mittelamerika, auch Bolivien, Argentinien sowie neuerdings Baby Doc Duvalier in Haiti sind Nutznießer dieses israelischen Engagements.

In Israel selbst sind diese Ausmaße israelischer Präsenz in Lateinamerika wenig bekannt. Im Gegensatz zur Politik zu Zeiten Ben Gurions, in der jeder Waffenexport ausführlich öffentlich debatiert wurde, wird jetzt die öffentliche Diskussion über Charakter und Konsequenzen der israelischen Verbindung mit den Diktaturen des Subkontinents verhindert.

Israels handfeste Interessen am Waffenexport stehen im Zusammenhang mit dem enormen Anwachsen des Militärhaushaltes während der Regierung Begin. Wie das Institut für internationale strategische Studien in London errechnete, umfaßt der Militärhaushalt Israels im Jahre 1981-82 7.000 Millionen Dollar (30% des BIP), das bedeutet ein Anwachsen um 40 % im Vergleich zum Vorjahr. Dieses Anwachsen des Militärhaushaltes für 1981-82 entspricht der Wachstumsrate des Zeitraumes 1975-80. In nur einem Jahr blähte sich der Militärhaushalt um den Umfang auf, für den zuvor fünf Jahre benötigt wurden. Die rasche Expansion der israelischen Waffenindustrie in den letzten drei Jahren um - sage und schreibe - 471 % erklärt sich zum Teil aus dieser Tatsache.

Die expandierende Waffenindustrie befriedigt nicht nur die nationale Nachfrage, indem sie z.B. ehemals zu importierende Waffen jetzt selbst herstellt, sie ist auch auf Export eingestellt. Und dazu sucht sie neue Klienten, neue Märkte. 1981 machte das Waffenexportgeschäft etwa 40 % des gesamten israelischen Außenhandels aus. Wen wundert da diese Form israelischer Entwicklungshilfe!

Die Unterstützung der rechten Diktaturen beschränkt sich nicht nur auf Waffenlieferungen. Der Fall Guatemala ist dafür ein Musterbeispiel: Außer daß das Land zu einem Verteilungszentrum israelischer Waffen für den gesamten lateinamerikanischen Subkontinent ausgebaut wurde, belieferte Israel Guatemala auch noch mit counterinsurgency Experten ( wie zuvor bereits schon in El Salvador geschehen) und Instruktoren, die die guatemalteckischen Piloten der Kfir-jets trainieren.

Israelische Folterspezialisten stehen nicht nur als "Trainer" der Armee zur Verfügung, sondern auch in- und ausländischen repressiven und paramilitärischen Organisationen wie z.B. dem salvadorianischen "Orden".

Israelis assistieren nicht nur bei den Folterungen und unterweisen die Guatemalteken in den modernsten Foltermethoden, sie liefern auch noch elektronisches Material und Einrichtungen, um die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner des Terrorregimes effektiver zu gestalten.

Es ist bekannt, daß Israel beim Aufbau der "Escuela de Transmisiones y Electronica de la Armada" (Militärschule für Funkübertragung und Elektronik) mitwirkte. In dieser Schule werden heute unter Anleitung israelischer Fachleute guatemalteckische Waffen produziert.

USA und Israel haben mit ihren Waffen- und Expertenlieferungen entscheidend dazu beigetragen, das Militärregime Guatemalas am Leben zu erhalten.

Es stellt sich die Frage nach dem politischen Interesse Israels. Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Beziehung USA/ Israel und welche Rolle spielt wiederum Israel in der Beziehung USA/ Lateinamerika?

Jenseits aller Konflikte, die USA und Israel die Nahost-Politik betreffend miteinander haben, sind sie sich einig über ihre Partnerschaft bei der Stabilisierung des westlich-kapitalistischen Bündnisses und der Bekämpfung des "weltweit sich ausbreitenden Kommunismus". Diese Position wurde ganz deutlich in dem Memorandum über Strategische Kooperation zwischen USA und Israel vom Dezember 1981, welches nach dem Besuch von Verteidigungsminister Ariel Sharon in Washington in Tel Aviv veröffentlicht wurde.

In der Beziehung USA/ Lateinamerika hat Israel einen wichtigen Platz zugewiesen bekommen. Alles deutet darauf hin, daß immer dort, wo die USA selbst sich aus der Militärhilfe zurückziehen aus kosmetischen Gründen, Israel den Part übernimmt. Dies war so in Argentinien, in Chile, in Bolivien. Insbesondere aber in El Salvador 1980 und Guatemala 1979. Als Carter die direkte Militärhilfe an Lucas Garcia aus Gründen der "Verletzung der Menschenrechte" 1979 einstellte, sprang sofort Israel ein. Zwar gab es schon militärische Beziehungen zwischen Guatemala und Israel seit längerer Zeit, einige Bedeutung gewannen sie, als 1971 der damalige Generalstabschef und spätere Präsident Kjell Laugerud Garcia Israel einen Besuch abstattete, aber zu jener Zeit waren noch die USA Waffenlieferant Nr. 1.

1978 bis 1981 änderte sich das Bild. Israel verkaufte in diesem Zeitraum an Guatemalas Militärdiktatur Waffen im Werte von 270 Millionen Dollar, dies erklärte der Exvizepräsident Francisco Villagrañ Kramer auf einer Konferenz in Washington.

Carter, der 1979 das Waffenembargo aussprach, klagte Israel niemals wegen seiner Waffengeschäfte mit der guatemalteckischen oder salvadorianischen Regierung an. Offensichtlich stand Israels Waffenexportpolitik niemals im Gegensatz zur Carterschen Menschenrechtspolitik. Arbeitsteilung!

Auch in Asien gab es vor und nach der Ära Carter Beispiele für solcherart Rollenverteilung zwischen den beiden Staaten. Dies zeigt, wie sehr Israel mit der Politik der USA verwoben ist.

Staatschef Begin formulierte es 1977 einmal so: "Die Unterstützung, die Israel auf weltpolitischer Ebene den USA gewährt, ist nicht geringer als die Unterstützung, die Israel von den USA erhält". Dabei nicht zu vergessen ist folgende Tatsache: Israel ist das Land der Welt, dem die USA die meisten Waffen liefern!

Wo die häßlichen Amerikaner nicht gerne selbst auftreten wollen, da besorgt offensichtlich Israel das (Waffen-) Geschäft.

Quellen: 'Proceso', Mexico, Februar 82  
Latin American Weekly Report 18.12.81

Vom 2. - 23. MAI

## LATEINAMERIKA TAGE '82

Veranstalter: **FDCL** FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM  
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.  
SAVIGNYPLATZ 5 · 1000 Berlin 12 · Tel.: (030) 3135065

und LATEINAMERIKA KOORDINATION

---

Neu im Programm: SOLIDARITÄTSKONZERT MIT CARLOS PUEBLA  
(Kuba) am 13. Mai um 19.30 Uhr  
im TEMPODROM

Die Eintrittskarten für Konzerte und Theater sind ab dem 1. April im Presse- und Informationszentrum LATEINAMERIKA TAGE '82 (La Batea), Krumme Str. 42, Berlin 12, erhältlich. Die Karten sind nur im Vorverkauf billiger!

Fordert das umfangreiche Programmheft an!



## Offener Brief an die Redaktion »ARD-Aktuell«

Betr.: Berichte über Costa Rica von Jochen Waldmann in der Sendung 'Tagesthemmen' am 3.2.1982

Der Bericht von Jochen Waldmann, der sich mit der Wirtschaftskrise in Costa Rica und der Situation vor der Wahl beschäftigte, zeichnete sich durch die Unterschlagung von Fakten, unbelegte Behauptungen und einseitige Interpretationen der wirtschaftlichen und politischen Lage aus, womit den Zuschauern ein verzerrtes Bild der Realität in Costa Rica präsentiert wurde.

Wir möchten diese Vorwürfe anhand von vier Beispielen belegen:

1. Behauptung des Autors, die Wirtschaftskrise bereite den Nährboden für Extremisten.

Ohne auf die rapide Verschlechterung der sozialen Lage als Ursache innenpolitischer Auseinandersetzungen einzugehen, diffamierte der Autor den Widerstand insbesondere der einkommensschwachen Teile der Bevölkerung als extremistisch gesteuerte Aktivität.

Mit der Verwendung des Begriffs 'Extremismus' suggerierte der Autor den bundesdeutschen Fernsehzuschauern, daß Streiks und Proteste der costaricensischen Bevölkerung als demokratiefeindlich einzustufen seien, ohne dies mit Fakten belegen zu können.

2. Behauptung des Autors, die Gewerkschaftsführer seien mehrheitlich in Moskau ausgebildet und sprächen mit ihrer Politik die Konzerne an, meinten aber den Staat.

Es ist richtig, daß ein Teil der Gewerkschaftsführer Costa Ricas als Studenten im Rahmen eines zwischenstaatlichen Abkommens in der Sowjetunion ausgebildet wurde. Der Autor erwähnt allerdings nicht, daß mindestens ebenso viele Gewerkschaftsführer von der größten nicht-staatlichen Bildungsstätte in Costa Rica, der CEDAL (Centro de Estudios Democraticos para America Latina) - finanziert und wesentlich gesteuert von der SPD nahen Friedrich-Ebert-Stiftung - sowie in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern ausgebildet worden sind.

Exakte Angaben hierbei sind bei den über 200 Einzelgewerkschaften nicht möglich. Mit dem alleinigen Hinweis auf die in Moskau ausgebildeten Gewerkschafter wird dem Zuschauer eine direkte Verbindung zwischen gewerkschaftlicher Politik in Costa Rica und sowjetischer Außenpolitik suggeriert, die der Autor mit Fakten nicht belegen konnte.

Die Gewerkschaftsführer Costa Ricas sind mehrheitlich Mitglieder in der sozialdemokratisch orientierten PLN oder Parteien mit sozialistischer Ausrichtung, die alle traditioneller Bestandteil des parlamentarischen Parteienspektrums sind.

Ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten unter diesen Gesichtspunkten als staatsfeindlich zu charakterisieren, ist schlicht absurd.

3. Behauptung des Autors, die mehrheitlich an der Atlantikküste ansässige Bevölkerung afrikanischer Abstammung sei 'anfällig' für Extremismus.

Der in der ärmsten Provinz Costa Ricas, Limon, lebende schwarze Bevölkerungsteil ist historisch das Opfer einer doppelten Diskriminierung. Ins Land 'importiert' als Plantagenarbeiter wurde es den Schwarzen bis Anfang der 50er Jahre verwehrt, die Region zu verlassen.

Dadurch wurden sie dazu gezwungen, ihre Arbeitskraft an die die Region dominierenden US-Konzerne zu besonders schlechten Bedingungen zu verkaufen.

Rassistischer Separierung und klassischer Ausbeutung begegneten sie schon in den 30er Jahren durch gewerkschaftliche Aktivität.

Soziale Bedingungen, nicht etwa die vom Autor behaupteten rassistischen Besonderheiten sind Ursache für die Arbeitskonflikte in der Provinz. Im übrigen ist die Herleitung von Anfälligkeit für Extremismus aus Rassenzugehörigkeit, wie sie vom Autor vorgenommen wird, schlicht ein faschistoides Argument.

4. Behauptung des Autors, die Streiks schädigten die Wirtschaft und Arbeiter zerstörten Gebäude und Maschinen.

Es ist richtig, daß in einem Land wie Costa Rica Streiks automatisch zu Exportrückgängen und einer Reduzierung staatlicher Steuereinnahmen führen müssen. Diesen Verlusten steht auf der anderen Seite aber die Auswirkung der Abwertung des Colón in Relation zum US-Dollar gegenüber, durch die besonders die internationalen Bananenkonzerne ihre Colón-Einnahmen steigern konnten. Ebenfalls vermittelt durch die Abwertung stiegen andererseits die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung des importabhängigen Landes. Daran wird deutlich, wer die Kosten der Wirtschaftskrise, deren Ergebnis die Abwertung ist, zu tragen hat. Dies sind nicht etwa die bestreikten Konzerne.

Die vom Autor behaupteten Zerstörungen an Gebäuden und Maschinen durch streikende Arbeiter werden von ihm an keiner Stelle des Berichtes belegt oder durch Bilder bewiesen. Verschwiegen wurde dagegen, daß sich in den letzten Monaten durch politischen Druck der Bananenkonzerne eine zunehmend repressive Politik des Staates gegen die Gewerkschaften durchgesetzt hat (20 verbotene Einzelgewerkschaften). Übergriffe der Polizeiorgane gegen Streikende häufen sich. Ein Beispiel ist der Polizeieinsatz gegen eine Versammlung streikender Arbeiter in der Region Sixoala, bei der ein Arbeiter durch Schüsse der Polizei getötet und zahlreiche seiner Kollegen sowie deren Familienangehörige z.T. erheblich verletzt wurden. Über 150 Gewerkschafter wurden im Anschluß verhaftet. Hieran wird deutlich, welche Seite im Rahmen der Arbeitskämpfe zur Gewalt greift.

Diese Beispiele sind unseres Erachtens typisch für die verfälschten und verkürzten Informationen, die dem Zuschauer durch diesen Bericht gegeben werden. Der Autor Jochen Waldmann hat bereits in seinen Berichten "Die gestohlene Revolution" (über Nicaragua) (vgl. LN 97 / 1981) und "Kampf in der Karibik" Beispiele für unsaubere Recherche und tendenziösen Journalismus geliefert, eine Praxis, die er mit diesem Bericht fortsetzt.

Gemessen an der Sorgfaltspflicht, dem gerade der Journalismus in öffentlich-rechtlichen Medien mit ihrem weitreichenden meinungsbildenden Einflüssen zu unterliegen hat, ist dieser Bericht ein Skandal, gegen den wir hiermit protestieren. Wir möchten Sie bitten, uns eine Stellungnahme Ihrer Redaktion zukommen zu lassen.

Hochachtungsvoll

Manfred Ernst, Uwe Reiche

OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGS-  
RECHT DER VÖLKER IN ZENTRALAMERIKA

Der Konflikt in Zentralamerika spitzt sich immer mehr zu. In El Salvador und Guatemala herrschen Krieg. Gewerkschafter, Bauern, Indianerinnen, Journalisten, Priester und Nonnen werden von den "Sicherheitskräften", die Hand in Hand mit paramilitärischen Organisationen und Todesschwadronen arbeiten, verfolgt, gefoltert und ermordet. Ganze Dörfer werden von den Armeen ausgerottet, wie die jüngsten Massaker in der salvadorianischen Provinz Morazán zeigen.

Nachdem alle friedlichen Mittel, die Diktaturen zu stürzen, gescheitert sind, haben die Völker von El Salvador und Guatemala zu den Waffen gegriffen. Die salvadorianische Befreiungsbewegung FDR/FMLN wäre längst siegreich gewesen, wenn die Junta nicht durch massive Waffenlieferungen und Militärberater von den USA unterstützt würde.

Wir fürchten, daß das berechtigte Eintreten für die Aufhebung des Kriegsrechtes in Polen und die Freiheit der Gewerkschafter dort gegenwärtig dazu mißbraucht werden soll, von dem grausamen Krieg in El Salvador und Guatemala abzulenken. Die REAGAN-REGIERUNG versucht, weltweit ein Klima zu schaffen, in dem eine direkte militärische Intervention in Zentralamerika hingenommen würde. Die jüngsten Äußerungen aus Washington, wonach eine Entsendung von US-Truppen nicht mehr ausgeschlossen wird, lassen Schlimmes befürchten.

Auch die Drohungen gegen Kuba und insbesondere gegen das nicaraguanische Volk, das sich nach 50 Jahren Diktatur befreit hat, werden immer deutlicher. Wie jetzt bekannt wurde, hat die US-Regierung schon einen konkreten Plan ausgearbeitet, wie die Sandinistische Regierung gestürzt werden soll.

Eine Delegation der Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik, die erst kürzlich aus Zentralamerika zurückgekehrt ist, hat berichtet, daß im honduranischen Grenzgebiet zu El Salvador eine "Säuberungsaktion" durchgeführt wird: Alle Salvadorianer, die nach Honduras geflüchtet sind, werden in zwei Massenlagern im Inneren des Landes "konzentriert" - auch mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung.

Inzwischen deutet alles darauf hin, daß von dieser Grenzregion aus eine militärische Intervention gegen die Befreiungsbewegung El Salvadors geplant ist. Der Einmarsch unter Anleitung chilenischer, argentinischer, vor allem aber US-amerikanischer Militärberater wird wahrscheinlich von den Streitkräften El Salvadors, Guatemalas und Honduras' gemeinsam geführt.

Angesichts dieser Situation fordern wir die Bundesregierung auf:

- sich deutlich von den Interventionsplänen der USA zu distanzieren und alles daranzusetzen, eine Eskalation des Konflikts in Zentralamerika zu verhindern,
- auf den NATO-Bündnispartner USA einzuwirken, jede militärische und wirtschaftliche Unterstützung für die Junta in El Salvador einzustellen,

- sich der mexikanisch-französischen Erklärung anzuschließen und das salvadorianische Oppositionsbündnis der FDR/FMLN als "repräsentative politische Kraft" anzuerkennen und für eine Verhandlungslösung in El Salvador einzutreten,
- die für den 28. März von der Junta in El Salvador geplanten Wahlen als Farce zu denunzieren,
- die USA dazu zu bewegen, das Recht des Volkes von Nicaragua, seinen eigenen politischen Weg zu gehen, zu respektieren und direkte und indirekte Interventionen zu unterlassen,
- alle Entwicklungshilfeprojekte in Guatemala, El Salvador und Honduras sofort einzustellen,
- ihre Unterstützung der Flüchtlingsumsiedlungsaktion in Honduras zu beenden!

Prof.Dr.Gerhard Bauer (FU Berlin), Osvaldo Bayer (Publizist, Beirat FDCL), Karola Bloch, Prof.Dr.Dieter Boris (Marburg), Christiane Buschkötter (Unternehmerin), Prof.Dr.Margherita von Brentana (FU Berlin), Manfred Coppik MdB (Beirat des FDCL), Ingeborg Drewitz (Beirat des FDCL), Prof Rainer W. Ernst (Hochschule der Künste Berlin), Prof.Dr.Dr.Ossip K. Flechtheim, Pastor Helmut Frenz, Prof.Dr.Helmut Gollwitzer, Günter Grass, Prof.Dr.Norbert Greinacher (Tübingen, Beirat des FDCL), Dr.Gertrud Gumlich (Evang.Akademikerschaf Berlin), Dr.Frigga Haug (FU Berlin), Prof.Dr.Wolfgang Fritz Haug (FU Berlin), Gertrud Huber (Sozialpädagogin/Mettingen), Prof.Dr.August Huber (Mettingen), Prof.Dr.Martin Jänicke MdB (FU Berlin), Inge Knothe und Prof.Dr.Klaus Knothe (TU Berlin), Dr.h.c.Heinz Kloppenburg (Bremen, Versöhnungsbund e.V., Beirat des FDCL), Prof. Erwin Koch-Raphael (Komponist/Berlin), Prof.Dr.Friedel Kriechbaum (Gießen), Harald Loch (FDP-Berlin-Tiergarten), Prof. Wolfgang Ludwig (Hochschule der Künste Berlin), Prof.Dr.Gert Mattenklott (Frankfurt, Berlin), Curt Meyer-Clason (München), Prof.Dr.Clarita Müller-Plantenberg (Kassel), Prof.Dr.Wolf-Dieter Narr (FU Berlin), Prof.Dr.Bernd Päsche (Mainz), Eva Quistorp (Frauen für den Frieden), Pfarrer Manfred Richter (Direktor Haus der Kirche Berlin), Ulrich Roloff (Präsident Hochschule der Künste Berlin), Prof.D.Heinz-Horst Schrey (Heidelberg), Prof.Dr.Barbara Schuchard (St.Augustin), Dr.Johano Strasser (Berlin), Klaus Staack (Aktion für mehr Demokratie), Hanne und Klaus Vack (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Prof.Dr.Marie Veit (Marburg), Ernst Volland (Karikaturist), Barbara Wichelhaus, geb.Heinemann, Prof.Dr.Manfred Wichelhaus (Köln), Dr.Reinhart Wolff (FU Berlin), Tilman Zülch (Bundesvorstand Gesellschaft für bedrohte Völker),

BEIRAT DES FDCL: Pfr. Heinrich Albertz (ehem.Reg. Bürgermeister von Berlin), Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Hildegard Blum-Lüning (Journalistin), Heinrich Böll (Schriftsteller), Manfred Coppik MdB, Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Erich Fried (Schriftsteller), Prof.Dr. Helmut Gollwitzer (Evang. Theologe), Prof.Dr. Norbert Greinacher (Kath. Theologe), Prof.Dr. Ernst Käsemann (Evang. Theologe), OKR i.R.Dr.h.c. Heinz Kloppenburg, Peter Lilienthal (Filmmacher), Prof.Dr.Dr. Johano Baptist Metz (Kath. Theologe), Klaus Thüsing MdB, Volker von Törne (für Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.), Arbeitsgemeinschaft Kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), GEW Landesverband Berlin, Internationaler Versöhnungsbund deutsche Sektion

## Nachruf

### Luiz Travassos ist tot

In der Nacht zum Aschermittwoch, am 24. Februar dieses Jahres, ist LUIZ TRAVASSOS mit 37 Jahren in Rio de Janeiro an den Folgen eines Autounfalls gestorben.

Sein tragischer Tod war Anlaß für viele seiner Freunde in der brasilianischen Linken, ein Stück eigener Geschichte aufzuarbeiten. Denn der Lebensweg von Luiz Travassos ist eng verbunden mit der Geschichte der Neuen Linken Brasiliens. Und durch seine Exiljahre in Berlin wurde sein Leben auch durch die bundesrepublikanischen 70er Jahre geprägt.

Luiz Travassos war einer der bekanntesten Studentenfürher Brasiliens. Er kam aus einer stark katholisch geprägten Studentenbewegung, wurde Mitbegründer der AÇAO POPULAR (Volksaktion), einer zunächst radikal christlichen, später marxistischen Untergrundorganisation, und war 1967/68 Präsident der UNE, der Nationalen Studentenunion, des Gesamtverbandes der brasilianischen Studenten. Dieser Verband hatte bereits in der Phase der Redemokratisierung nach dem Sturz der Vargas - Diktatur 1945, in der Erdölverstaatlichungskampagne 1953/54 und während der Reformregierung von Joao Goulart 1961 - 64 eine wichtige Rolle im politischen Leben Brasiliens gespielt. Unter der Präsidentschaft von Travassos wurde die UNE 1967/68 zur führenden Oppositionskraft gegen die Militärdiktatur, die 1964 den verfassungsmäßigen Präsidenten Goulart gestürzt hatte.

Die Studentenbewegung stand für eine allgemeine Rebellion der städtischen Mittelklassen und der Arbeiter gegen die rigorose Austeritätspolitik der Militärdiktatur. Hunderttausende gingen auf die Straße, und der Name und die Person von Luiz Travassos standen und stehen als Symbol dieses Widerstandes. Dabei vertrat er den radikalsten Teil der Bewegung, dessen Ziel die Einbeziehung der Studenten in den bewaffneten Kampf gegen die Diktatur war. Als einer der meistgesuchten und gefährlichsten Gegner des Regimes wurde Travassos 1968 beim illegalen Kongreß der UNE zusammen mit über tausend Delegierten von der Armee festgenommen. "Wenn ich könnte, würde ich dich sofort erschießen lassen" - mit diesen Worten wurde Luiz von Hauptmann Erasmo Dias, seinem damaligen Gefängniswärter und heutigem Abgeordneten der Regierungspartei PDS in Brasília, empfangen.

Nach 8 Monaten im Gefängnis wurde Luiz 1969 im Austausch für den entführten amerikanischen Botschafter zusammen mit 14 anderen politischen Gefangenen nach Mexico ausgeflogen. Daraufhin wurde er auf Lebenszeit aus Brasilien verbannt. Von Mexico aus ging er nach Kuba, anschließend ins Chile der Unidad Popular. Dort arbeitete er als Fotograf und schlug sich durch. Aus dem Gefängnis wurde inzwischen auch seine Frau Marijane nach Chile ausgeflogen.

Nach dem Militärputsch von 1973 flüchteten beide in die mexikanische Botschaft, von wo aus sie nach Mexico, Belgien und schließlich in die Bundesrepublik kamen. Hier mußten sie gleich ihre erste schmerzliche Begegnung mit der bundesdeutschen Realität machen. Bei ihrer Antragstellung auf politisches Asyl hetzte die Bild-Zeitung gegen die "in Kuba ausgebildeten Terroristen, die auch noch Asyl bei uns haben wollen." Obwohl Marijane im achten Monat schwanger war, mußten sie und Luiz sich dreimal täglich (!) bei der Polizei melden, denn gleichzeitig lief in der BRD die Fußballweltmeisterschaft, und man befürchtete Anschläge....

Inzwischen waren beide nach Berlin gekommen, ihre Pässe waren ungültig geworden, sie erhielten aber zunächst auch kein politisches Asyl. Sie konnten aus Berlin nicht mehr heraus. Erst als eine andere Brasilianerin, die sich in derselben, verzweifelten Situation befand, Selbstmord beging - sie warf sich vor einen fah-

renden U-Bahn Zug - erhielten Marijane und Luiz Asyl.

Luiz begann, Volkswirtschaft zu studieren. Er wollte endlich etwas abschließen, einen Beruf haben." Sein Leben war jahrelang durch Angst, Verfolgung und Instabilität gekennzeichnet gewesen. Nun wollte er in Ruhe studieren, viel lesen und nachdenken. Nachdenken über die Niederlage des bewaffneten Kampfes, die Desillusionierung über China, die zerstörten Hoffnungen in Chile, über die vielen Freunde und Genossen, die gefoltert, getötet, in den Tod und in den Wahnsinn getrieben, in die Isolation des Exils verbannt worden waren.

Er sagte mir einmal, daß er sich schon so oft politisch geirrt hätte, so daß er jetzt erst nach vielem Nachdenken wieder politische Stellung nehmen wollte. Er las das "Kapital" und lernte, mit dem Marxismus undogmatisch umzugehen. Als er starb, arbeitete er gerade an einer Neuübersetzung des Buches ins Portugiesische. Sein Interesse galt immer stärker der Ökologie- und Alternativbewegung, aber er hielt sich aus der aktiven politischen Szene zurück.

Mit dem Prozeß der "politischen Öffnung" entstand inzwischen in Brasilien eine neue Studentenbewegung. Die UNE wurde 1979 wiedergegründet, es gab wieder Wahlen, aber Luiz wollte keine der einzelnen Listen unterstützen. "Ich unterstütze den Wiederaufbau der UNE, aber ich bin kein Studentenfürher mehr, ich kann nicht vom Ausland her Studentenpolitik machen."

Im Oktober 1979 kehrte er nach dem Amnestiegesetz nach Brasilien zurück. Er engagierte sich gleich in der PT, der Partei der Arbeiter. Das wichtigste war für ihn die Verankerung jedweder Politik in den Massen, die offene, nicht dogmatisch-politische Option für den Sozialismus und die demokratische Struktur der Partei. Aber er wollte nicht "Führer" sein. Er hielt sich aus den Leitungsorganen zurück, und als er gebeten wurde, für die Wahlen im November 1982 als Parlamentsabgeordneter zu kandidieren, lehnte er mit der Begründung ab, mehr Zeit für die Wahlkampagne von Lula, dem Metallarbeiterführer, der zugleich Präsident der PT und Spitzenkandidat seiner Partei bei den Wahlen ist, haben zu wollen.

Als ich Luiz im Oktober 1981 zuletzt traf, befand er sich in einer für ihn wichtigen Aufbauphase. Nach seiner Rückkehr nach Brasilien lasteten auf ihm weiterhin die vielen Probleme des Jahrzehnts der Verfolgung und des Exils. Er wollte einen Beruf haben, mußte seine Familie, Marijane, die Tochter Barbara und den gerade geborenen Sohn Carlos ökonomisch absichern und überhaupt erst einmal Fuß fassen in dem durch das "Wirtschaftswunder" im kapitalistischen Sinne völlig revolutionierte Land. Politisch mußte er (und er wollte es auch so) von unten anfangen. Nach zwei Jahren fühlte er sich immer noch als ein Fremder. Marijane hatte es noch schwerer, mit der ihr in Brasilien zugeschriebenen "Hausfrauenrolle" fertig zu werden. Sie trennten sich, Luiz gab einen Job als Buchhalter bei einer deutschen Firma auf. Er war seit einem Jahr arbeitslos und mußte sich erneut und radikal mit seinen neuen politischen Engagement auseinandersetzen, ohne persönliche und emotionale Probleme zu verdrängen. Die Arbeit bei der PT machte ihm Spaß, er sah allmählich wieder die Möglichkeit, sich politisch und persönlich sinnvoll einzubringen. - Als ich von seinem Tod erfuhr, war ich lange Zeit schockiert, traurig, verzweifelt. Ich habe von ihm und von Marijane gelernt, wieviel Kraft, Intelligenz und Reife man braucht, um über Verfolgung und Schmerz weder die Selbstkritikfähigkeit, noch mit Emotion verbundenes Engagement zu verlieren. Und er war gerade dabei, einen Neuanfang zu schaffen.

Luiz Ramalho

## Antwort an Helmut Gollwitzer

Helmut Gollwitzer rechtfertigt in seinem Beitrag "Waffen für El Salvador" (Lateinamerika Nachrichten 100) seine finanzielle Unterstützung der Revolutionäre in El Salvador gegenüber höhnischen Kritikern von rechts und besorgten Freunden, die mit ihm zusammen für Frieden und Abrüstung eintreten. Gollwitzers Argumentation sei noch einmal kurz angedeutet: "Das Recht, das uns tief egoistische Menschen voreinander schützt, muß bewaffnet sein." Erst nach Ausschöpfung aller Mittel friedlicher Konfliktlösung darf zum letzten Mittel, dem Aufstand, gegriffen werden, wenn etwa die Staatsgewalt in die Hände einer Räuberbande gefallen ist. Greift man zu der "allerletzten Möglichkeit" des bewaffneten Widerstands, so muß dies ohne Willkür und Aggressionsbefriedigung geschehen.

Gollwitzer sieht den Staat hier als Institution, die dem Naturzustand des Krieges aller gegen alle Einhalt gebietet. Bricht die Staatsgewalt diesen von ihr hergestellten Rechtszustand, so kann der Bürger das Recht auf Widerstand geltend machen. Diese nicht eben neue Argumentation erweitert Gollwitzer durch das christliche Bekenntnis einer prinzipiellen Ablehnung der Gewalt auch nach dem Entschluß, einen untragbaren Zustand durch Gewalt zu beenden.

Meine Frage an Gollwitzer ist, wann der Zeitpunkt gekommen ist, an dem alle Mittel friedlichen Protests ausgeschöpft sind und nur der bewaffnete Kampf als allerletzte Möglichkeit bleibt. Vielleicht wird man einmal sagen können, daß der Hitlerfaschismus ein Ausnahmezustand war, daß damals die Staatsgewalt so pervertiert war, daß der 20. Juli 1944 berechtigt war. Der mitteleuropäische Ausnahmezustand eines unter die Räuber gefallenen Staates ist in Lateinamerika der Normalzustand. Die routinemäßige Verlängerung des Ausnahmezustandes ist dort die Regel. Und auch der bewaffnete Kampf ist die Regel, sein Sieg allerdings die Ausnahme. Der Punkt, an dem nach Gollwitzer der bewaffnete Widerstand legitim wird, ist in der Geschichte der lateinamerikanischen Länder wieder und wieder erreicht worden.

Wie z.B. ist das heutige Chile zu beurteilen? Dort ist die Staatsgewalt in Räuberhänden, also eine Bedingung Gollwitzers zur bewaffneten Gegenwehr erfüllt. In Chile ist aber auch friedlicher Protest möglich, wenn man Haft und Folter riskieren will. Die Menschenrechtsbewegung gibt immer wieder Beispiele dieses gewaltfreien Widerstandes. Somit ist auch eine Bedingung des noch nicht gerechtfertigten Widerstands erfüllt. Ich könnte nach Gollwitzers Kriterien nicht entscheiden, ob ich die in Chile operierenden Volksmilizen unterstützen dürfte oder nicht.

Die in Lateinamerika herrschenden Verhältnisse durchkreuzen Gollwitzers ethischen Kalkül. Eine Gruppe, die den bewaffneten Kampf aufnimmt, muß in Rechnung stellen, daß ganze Dörfer massakriert werden und daß die USA ein zweites Vietnam anrichten. Wäre der bewaffnete Kampf eine Sache des Entschlusses, dann müßten diese vorhersehbaren Folgen den Entschluß von vorneherein blockieren.

Denkt man materialistisch, dann geht es in Lateinamerika nicht um die "Ausschöpfung" aller friedlichen Mittel, sondern um die Auslöschung derer, die mit friedlichen Mitteln Widerstand leisten. Bürgerliche Politiker werden in Lateinamerika systematisch aus dem politischen Leben ausgeschaltet, Menschenrechtsanwälte und gewaltfreie Gruppen sind eine bevorzugte Zielscheibe der Sicherheitskräfte. In Nicaragua erschossen Somozas Schergen den liberalen oppositionellen

Verleger Chamorro. Dieses Attentat war der Auftakt zum bewaffneten Volksaufstand. Der bewaffnete Kampf einer kleinen Gruppe wurde zur massenweisen Erhebung. Akzeptiert man diese Lesart der geschichtlichen Veränderung der Widerstandsformen, dann stellt sich allerdings die ethische Frage der Beteiligung eines jeden einzelnen in der neuen Phase.

Wie kommt es, daß sich ein alter Linker wie Gollwitzer genötigt sah, seine Unterstützung der salvadorianischen Revolutionäre zu rechtfertigen, liest man doch im selben Heft der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, daß diese Unterstützung längst zum Repertoire der Sozialistischen Internationale in Lateinamerika gehört? Die Linke in der BRD steht heute vor dem Problem, das Eintreten für Frieden hier und die Unterstützung der revolutionären Waffen dort verständlich zu machen. Durch die Friedenbewegung ist eine neue Naivität entstanden: Wer gegen Waffen ist, muß gegen alle Waffen sein. Der offene Brief der ila (Informationsstelle Lateinamerika) an die Organisatoren der Bonner Friedensdemo mag aus falschem Anlaß geschrieben worden sein, hat aber treffend auf die Angst vor möglichen Kriegen in Europa hingewiesen, über die die wirklichen Kriege in den abhängigen Ländern vergessen werden. Es gilt die Einsicht zu vermitteln, daß es in Lateinamerika ein Projekt der Befreiung gibt, zu dessen Ausführung der bewaffnete Kampf notwendig ist. Um dieser Befreiung willen ist die Solidarität der Friedensbewegung mit dem ganzen Spektrum des lateinamerikanischen Widerstands und auch mit den befreienden Waffen der Sandinisten, die sich der Intervention entgegenstellen, gefordert.

Dieter Maier, Februar 1982

Dritte Welt-Kinderbuch

In den Slüms von Santiago lernen hungernde und ungebildete Kinder unter der pädagogischen Anleitung kirchlicher Mitarbeiter ihre Situation im chilenischen Faschismus zu begreifen und mit demokratisch-legitimen Mitteln (Hungerstreik, Demonstration) für ihre Rechte zu kämpfen.

Auf diesem Hintergrund handelt die wahre Begebenheit von zwei Jungen, Juan und Ricardo. Juans Vater hatte im Herbst 1973 im Zuge der Kommunistenverfolgungen Ricardos Vater verraten, um mit der Belohnung sein eigenes Kind vor dem Tod durch Krankheit zu bewahren. Die Erzählung spielt sechs Jahre nach diesem Vorfall. Anschaulich und spannend wird geschildert, wie beide Kinder, zunächst verfeindet, sich gemeinsam mit vielen Kindern des Landes — unterstützt von der Kirche — für die Freilassung aller durch die Regierung verschleppten Menschen einsetzen.

Was dieses Buch von zahlreichen Dritte Welt-Kinderbüchern unterscheidet: Der Autor zieht den Bogen zur Bundesrepublik und zeigt seinen Lesern, wie sie internationale Solidarität praktizieren und dadurch Menschen in der Dritten Welt helfen können.

Anatol Feid, Dein Vater ist ein Verräter, Grünewald Verlag 1981  
123 Seiten

Alternativer Lebensstil

Mit der ökonomischen Krise in der Bundesrepublik und ihren Begleiterscheinungen ( Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkungen, Abbau von Sozialleistungen ) entsteht die Gefahr einer ideologischen Krise, d.h. es besteht die Möglichkeit, daß die Heiligkeit des kapitalistischen Systems in den Köpfen der Bundesbürger schweren Schaden erleiden könnte. Zur Vermeidung dieser drohenden ideologischen Krise wird von den Kirchen der Alternative Lebensstil propagiert.

Der Alternative Lebensstil besagt, daß es persönlich und gesellschaftlich untragbar ist, wenn der Einzelne weiterhin soviel konsumiert wie bisher.

Dieser Neue Lebensstil findet seit einigen Jahren immer mehr Anhänger, die vielfach der Meinung sind, daß sie durch persönlichen



Konsumverzicht Menschen in der Dritten Welt helfen können. Ob diese Vorstellung der Realität entspricht und z.B. ein eingespartes Butterbrot hier, einem armen Campesino in Brasilien zugute kommt, wird in der Broschüre beantwortet.

Der Inhalt der CFS-Broschüre besteht aus der Skizzierung der historischen Bedingungen der Entwicklung der Unterentwicklung und einer verständlich dargestellten Analyse der weltwirtschaftlichen Lage im Kapitalismus. Wem eine von 'Experten' geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) zugute käme und wem die inzwischen existierende Neue Internationale Arbeitsteilung (NIA) Vorteile bzw. Nachteile bringt, kann der Leser hier nachlesen. Anschließend werden die Positionen der Kirchen zur NIA und zur NWWO in ihren gemeinsamen Erklärungen zur IV. und V. Welthandelskonferenz kritisch unter die Lupe genommen. Zentrales Kapitel ist die Herausarbeitung des Zusammenhangs zwischen Energiekrise und Sparsamkeitspropaganda, in dem auch das Zustandekommen des Ölpreises erklärt wird. Eine bessere Nutzung der Energie statt persönlichen Verzicht auf Energieverbrauch fordern die Autoren. Schließlich wird der Alternative Lebensstil kritisiert und dessen gesellschaftlicher Hintergrund aufgedeckt. Den Schluß bildet ein Fallbeispiel (Antirassismusprogramm).

Die erarbeiteten Positionen der Christen für den Sozialismus beruhen darauf, daß sie den Alternativen Lebensstil in ein gesamtgesellschaftliches Konzept einordnen.

Die Autoren der CFS-Broschüre gehen davon aus, daß die Länder der sogenannten Dritten Welt unterentwickelt wurden. Die Abhängigkeit dieser Länder äußert sich in der ökonomischen Beherrschung durch die Industrieländer. Unter den augenblicklichen Bedingungen kommt wirtschaftliche 'Entwicklung' dort nur einer kleinen Oberschicht zugute, während sich die Situation für die Masse der Bevölkerung verschlechtert, d.h. die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher. Die von 'Entwicklungsexperten' jedweder Couleur als Lösung angebotene Neue Weltwirtschaftsordnung verbessert in der Regel nur die Lage der herrschenden Minderheit und nicht die der breiten Masse.

Mit folgender Fragestellung wird die Neue Internationale Arbeitsteilung untersucht: Warum werden bestimmte industrielle Fertigungsprozesse ausgelagert? Welches sind die Folgen der Auslagerung für die Menschen in den Industrieländern einerseits und den Dritte Welt-Ländern andererseits? Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß die NIA vor allem den Multinationalen Konzernen nützt. Durch die Auslagerung werden Arbeitsplätze in den Industriestaaten beseitigt, während die Entwicklungsländer immer stärker unter den Einfluß ausländischer Firmen geraten, die wiederum deren Industrien zerstören, indem sie wenig Arbeitsplätze schaffen, aber mengenweise Arbeitsplätze zerstören und eine an den Bedürfnissen der Menschen dieser Länder orientierte Wirtschaftsentwicklung verhindern.

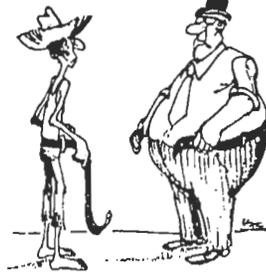
Die Kirchenleitungen unterstützen diesen 'Entwicklungsweg'. Genauso konsequent bekämpfen sie auf der anderen Seite jede Aktion, die an den Ursachen des Glubs in der Dritten Welt und hier ansetzt und dem Profit der bundesrepublikanischen Konzerne schadet (Beispiel: Antirassismusprogramm). Ein falsches Gesichtsbild und Staatsgläubigkeit kennzeichnen viele ihrer Veröffentlichungen, die auch oft einen Hinweis auf die Energiekrise enthalten, meist gekoppelt mit dem Aufruf zu größerer persönlicher Sparsamkeit. Deshalb unter-

BRÜTLEN... BRÜTLEN

DAGEGEN  
LEBEN  
WIDERSTEHEN  
NICHT VERZICHTEN

KORRESPONDENZ Nr. 24/81

suchen die Autoren, ob und warum Energie knapp ist? Die Verfasser plädieren — obwohl sie von der Existenz riesiger Energievorräte ausgehen — für einen sparsamen Umgang mit der Energie, allerdings nicht in Form des persönlichen Verzichts, sondern als Bekämpfung unseres heutigen Wirtschaftssystems, welches Energie sinnlos vergeudet und aus Profitgründen verknappt. Die persönlichen Verzichts-Appelle machen den Lohnabhängigen zum Schuldigen des übermäßigen Energieverbrauchs und der Ausplünderung der Dritten Welt, er ist der Verursacher der Krise durch seine Begehrlichkeit. Hier deckt sich die kirchliche Ideologie mit der Ideologie der Politiker und der Industriemanager, welche die Anspruchshaltung und Versorgungsmentalität der Bürger als Ursachen der Wirtschaftskrise bezeichnen und so die bewußtseinsmäßige Vorbereitung für Reallohnsenkungen, Arbeitslosigkeit und ein Austragen der Krisenlasten auf dem Rücken der Bevölkerung schaffen.



Unser jetziges individuelles Konsumverhalten — das unbedingt verändert werden muß — ist das Ergebnis jedoch nicht die Ursache unseres Wirtschaftssystems.

Wer auf den propagierten neuen Lebensstil abfährt, verkennt die Probleme unserer Zeit, denn damit kann man weder eine Abschaffung des Hungers erreichen, noch die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern. Die Alternative zum Verzichtslebensstil besteht darin, die Produktionsverhältnisse zu ändern, Befreiungsbewegungen zu unterstützen und gleichzeitig die Entmachtung der herrschenden Klasse hier bei uns vorzubereiten. Dementsprechend die Forderung der Christen für den Sozialismus: DAGEGEN LEBEN

WIDERSTEHEN NICHT VERZICHTEN

CfS-Korrespondenz Nr. 28/29, Göttingen 1981 98 Seiten  
Bezug: CfS-Büro, Tamen Köhler, Wasserhorst 8, 2800 Bremen 77

### Revolution und Glaube

Anlässlich eines Ökumenischen Treffens im September 1980 in Managua ging es um drängende Fragen, die die Beteiligung von Christen am revolutionären Prozeß aufgeworfen hatte. Rund 40 lat. Vertreter der Theologie der Befreiung dachten gemeinsam darüber nach, was die Entwicklung in diesem Land für den Glauben der Kirchen bedeutet. In Nicaragua stellte sich zunächst die Frage nach der Gewalt im Zusammenhang mit dem bewaffneten Kampf. Heute muß die Kirche die Rolle definieren, die sie in der Verwirklichung der Hoffnungen auf eine menschlichere Gesellschaft spielen will.

Bei den zahlreichen Texten von unterschiedlichen Autoren (u.B. Pablo Richard, Juan H. Pico, José M. Torres) handelt es sich zum Teil um ad hoc formulierte Referate und Arbeitsdokumente, die teilweise offenbar unmitteibar vom Tonband und ohne nachträgliche Überarbeitung aufgeschrieben wurden. Der Stil ist dementsprechend locker und Begriffe sind gelegentlich unscharf.

Im Anhang sind drei wichtige Dokumente abgedruckt: Ein Hirtenbrief der katholischen Bischöfe, ein Kommuniqué der Sandinistischen Befreiungsfront zur Religionsfreiheit und ein von Christen verfasstes Statement.

Alle Texte sind sozusagen ein Ausschnitt aus einem noch andauernden Denkprozeß.

"Dienste in Übersee" (Hrsg.), Nicaragua: Revolution und christlicher "texte", Bd. 01, Verlag Otto Lembeck, 1982 204 Seiten \ Glaube

## Zeitschriftenschau

AIB- Antiimperialistisches Informationsbulletin 13. Jahrg. Nr. 3/82

AIB-Aktuell: Antiinterventionsfront zu Mittelamerika - Karibik: Krisenzentrum Karibik - Puerto Rico- karibische Militärbastion der USA - Grenada: Die Aktivierung eines ganzen Volkes - Unsere Revolution wird sich nicht unterwerfen - Kolumbien: Demokratie von Generals Gnaden - El Salvador: Gespräch mit Villalobos, Morazan - ein Reifall für die Juntatruppen - Guatemala: Erklärung von E.T. Medrano, Der Feind ist nicht unbesiegbar - Zimbabwe: Zwei Jahre Unabhängigkeit - eine Bilanz - Tschad: Der Frieden entschwindet - Oman: Eine breite Front ist im Entstehen - Rüstungsexporte: Waffenexporte - unter Reagan ein Instrument der Außenpolitik - Rückblick: K.Nkrumah und Ghanas Unabhängigkeit - Rezensionen: Standardwerke über den CIA - Infodienst/Kurzinformationen - Kommentar: El Salvador: Brot und/oder Waffen?

AIB Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

EPK- Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/82 Postfach 2846, 2 Hamburg 19

Doppelheft Kenia/Tansania:

Kenia: Wer kontrolliert Kenias Wirtschaft? - Politische Lage nach Kenyatta - Frauen in Mathare Valley - Tourismus

Tansania u.a.: Nyerere in der 5. Amtsperiode - Nahrungsmittelkrise und Exportproduktion - Die Wahlen von 1980 - Tansanias Rolle in Schwarzafrika

Der 16-seitige Innenteil des Doppelheftes ist der Katalog zu einer vergleichenden Fotoausstellung über Kenia und Tansania, die von der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung herausgegeben worden ist und die von dort aus auch bezogen werden kann.

ila-info Nr. 52 Jan/82, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Lateinamerika: Gegen Multis und Staat - Geschichte der Arbeiterbewegung Kolumbiens, - "Wir sind eine politische und militärische Macht" - zu den jüngsten Ereignissen Kolumbiens - US-Intervention in Zentralamerika - Grenada: "Die Privatindustrie hatte 400 Jahre Zeit" - Ländernachrichten zu Ecuador, Chile, Honduras  
Solidaritätsbewegung: Reagans "engelder Hölle" - Krisenherd Mittelamerika - Materialien zur Antiinterventionsbewegung - Dokumentationsstelle blockfreier Staaten - Pantomimengruppe "El Signo" - Zeitschriftenschau - Materialliste Ergänzung

links, März/82

Neues vom Bluthandel - Buko Pharmakampagne

PAG- Paraguay Rundbrief Nr 34, Feb/82 c/o I. Gräfe, Sandbergstr. 45, 61 Darmstadt

Ausführl. Informationen über die Reise Gerhard Löwenthals nach Paraguay / Ape-Verenigung der Paraguayer im Exil / WOLA-Bericht über willkürliche Verhaftungen / Stellungnahme der Kirche über den Gesetzesentwurf für die Eingeborenen / Die Vertreibungspraxis der multinationalen Konzerne / Hinter den Statistiken verbirgt sich Armut / Grundbesitz: Viele Arme, wenig Reiche / Die mächtigen Organisationen verweigern den Campesinos das Recht, sich zu organisieren u.a.m.

informationsdienst südliches afrika Nr. 1/2 1982, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Schwerpunktthema: Kooptionsstrategie und Repression in Südafrika

Südafrika: Wahlboykott der Inder / Albertina Sisulu, Rede auf der Anti-SAIC-Konferenz / schwarze Mittelschicht / Urban Foundation / Umsiedlungen / Group Areas Act / Verfolgung schwarzer Gewerkschafter / Verhaftungen 1981 / Ermordung von G.Mxenge / Namibia: Wahlhilfe für Südafrikas Marionette, DTA - Besuch in Bonn / Aktionen: 70 Jahre ANC / Mahnwache vor der südafrikanische Botschaft / EK-Rheinland verweigert Unterstützung des Antirassismusprogramms / Offener Brief zum ICOSA-Workshop / Nachrichten, Rezensionen

# LATEINAMERIKA Nr. 16 September 1981 Ö.S. 20.-DM/sfr 3.- ANDERS

Berichte Analysen aktuelle Informationen



## BOLIVIEN

\*Wir aus dem Hochland von Palosí und wir aus Peru werden gemeinsam kämpfen. Ja, und wir werden uns eine eigene Regierung einsetzen.  
(aus Julian Apasa, La Lucha de un Pueblo)

## Christliche Initiative El Salvador e.V.



**El Salvador heute – Informations- und Aktionszeitung für Gemeinden, Jugend- und Dritte-Welt-Gruppen (kostenlos, auch zum Weitervertreiben)**

**Guatemala – Exodus zu einem neuen Anfang**  
Christen im Kampf gegen Unterdrückung und Verfolgung (72 Seiten, DM 3,-)

**El Salvador – Christen im Widerstand**  
Dokumente, Interviews, Aktionsvorschläge (60 S., DIN A 4, DM 3,50)

**Guatemala – Wen macht die Banane krumm?**  
Grundinformationen, Materialien, Aktionen (insb. für Jugendgruppen); (60 Seiten, DIN A 4, DM 5,-)

Christliche Initiative El Salvador e.V.  
Kardinal-v.-Galen-Ring 45, 44 Münster  
Telefon: 02 51/8 95 03

# WELT-POLITIK

## Jahrbuch für Internationale Beziehungen I

*Ronald Reagan und die Zukunft Europas. Wohin steuert die westliche Militärlpolitik und welche Alternativen gibt es?*  
*Die Hintergründe der sowjetischen Außenpolitik. Der Ostblock und die Krise in Polen. Krieg in Nahost: Der Konflikt zwischen Irak und Iran.*  
*Europäische Konzerne und schwarze Arbeiter in Südafrika.*

**Chronologien:** Umstürze und Staatsstreich – Entwicklung der Sozial- und Militärausgaben – Flüchtlingsbewegungen – Weltenergieverbrauch – Atomchronik – Internationale Gewerkschaftsbewegung – Ethnisch-politische Bewegungen in Westeuropa.

**Autoren:** U. Albrecht, R. Köhler, E. Krippendorff, U. Schmiederer u.a.

## Campus

1981, 256 S., DM 24,-

**Herausgegeben von Ulrich Albrecht, Klaus J. Gantzel, Ekkehart Krippendorff, Ursula Schmiederer, Dietrich Staritz, Kurt P. Tudyka**

Innenpolitische Entscheidungen wie Steuererhöhungen, Einschränkungen der sozialen Leistungen, Erhöhungen des Verteidigungsbudgets, Konflikte um die Agrarpreise oder Ausbau der Kernenergie werden dem Bundesbürger immer stärker mit dem Hinweis auf die internationale Entwicklung begründet. Immer spürbarer wird so für jeden die Verflechtung der nationalen mit der internationalen Situation und umso stärker auch das Bedürfnis, etwas fundiertere Einblicke in die allgemeinen politischen Zusammenhänge und Trends zu gewinnen, als dies allein aus der Lektüre der Tageszeitungen möglich ist. Das Jahrbuch 'WELTPOLITIK' analysiert die internationale Politik von einem kritischen Standpunkt aus und präsentiert das vielfältige Material übersichtlich.

Aus dem Inhalt u.a.:

**Ekkehart Krippendorff/Michael Lucas:** „Eines Tages werden wir Amerikaner über die Zerstörung Europas nachdenken müssen“. Die USA und Westeuropa; **Komitee für Grundrechte und Demokratie:** Kritik der Nato-Sicherheit. Friedenspolitische Vorschläge für die Bundesrepublik Deutschland; **Ursula Schmiederer:** Die „ewigen“ Ziele Rullands. Hintergründe der gegenwärtigen sowjetischen Außenpolitik; **Reinhard Köhler:** Zwischen Systemveränderung und Intervention: Polen im Sommer 1981; **Ulrich Albrecht:** Krieg zwischen Irak und Iran; **Jens Wolf:** Multinationale Konzerne in der Apartheidgesellschaft. Der F.G.-Verhaltenskodex und die „totale Strategie“ Südafrikas; **Chronologien:** Umstürze und Staatsstreich (Dieter Lange/Jürg Seefried); Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben (Ruth Leget Sivarek); Internationale Gewerkschaftsbewegung (Kurt P. Tudyka); Atomchronik (Dieter Lange/Michael Lucas); Weltenergieversorgung (Molissen Massarrat); Ethnisch-politische Bewegungen in Westeuropa (Jochen Blasecke); Flüchtlingsbewegungen (Ulrich Albrecht).

Campus Verlag, Myliusstraße 15, 6000 Frankfurt am Main

campus

Nicht am Kiosk,  
aber in linken Buchläden  
oder direkt durch Verlag 2000



**Nordamerika:** Margit Mayer. Die Reagan-  
Opposition ● Konrad Ege. Gespräch mit  
einem Vertreter der amerikanischen Oppo-  
sitionsbewegung ● Keith Chamberlain.  
Die neue Friedensbewegung in den USA ●  
**Dritte Welt:** Dieter Mayer. Neues vom Blut-  
handel ● Polen: Renate Dams. Kriegs-  
recht in Polen ● Winfried Thua. Zornige  
Anmerkungen zur Polen Solidarität ●  
Ostermarsch 1982 – Gespräch mit Klaus  
Vack ● **Deutsche Zustände:** Dirk Treber.  
Startbahn West – Perspektiven des Wi-  
derstands ● Ernst Loewy. Juden in der  
BRD ● Stephan Eric Bronner. Offener  
Brief an die deutsche Linke ● Peter Dudek.  
Die nationalen Identitätsarbeiter ● Horst-  
Dieter Zahn. Zwischen Naserümpfen und  
Gründungsfeiern ● Arno Klönne. Linke  
Organisationsversuche in der BRD.  
40 Seiten. DM 3,-.

# FORVM

Jänner/  
februar  
1982

leo gabriel: reagens schlachthof mittelamerika  
friedrich engels: polen teilen mit den russen  
zbigniew iwanow: wir wollten... schichtsmacht  
willy brandt: nicht ausflipp... hiesig: antez:  
heidi patak: tyrol zu bun  
benard/schlaifer: graf r... s: and- sbewußt  
michael siegert: soziald... sk... antise miten

An FORVM A-1070 Wien Museumsstraße 5 Tel. 89 23 53 / Ich bestelle  obiges Heft  
ÖS 44 DM/sfr 8,50  ein Gratisprobierheft  1 Jahresabo um ÖS 280 DM/sfr 40  
EU-Sendungen € 20 DM/sfr 28 / Nichtwestl. Adressen anzeigen fänd ich in:  
NAME

# blätter der iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt  
Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeit-  
schrift

- berichtet über die Lage der Dritten Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung“ und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
- gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
- beleuchtet die „Entwicklungshilfe“, ihre Hintergründe und Auswirkungen

Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg/Breg.

# ARMUT UND SOZIALSTAAT

herausgegeben von Norbert Pfeuffer

Bd. I KONZEPTE UND STRUKTUREN SEIT 1945  
358 Seiten DM 24,-

Bd. II HERKUNFT UND ENTWICKLUNG  
DES SYSTEMS DER SOZIALEN SICHERUNG  
BIS 1870  
erscheint im April 82 ca. 250 Seiten DM 18,-

Die Grundlagen zum Verständnis des Sozialstaats, seiner  
Geschichte und den verschiedenen Konzeptionen.

# AG SPAK

Zu beziehen bei der  
Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, Reifen-  
stuelstr. 8, 8000 München 5